

Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Volkswacht

Insertionsgebühr die sechs gesondene Zeitspalt oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12-1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Nr. 105.

Danzig, den 31. Dezember 1913.

4. Jahrgang.

Vorwärts.

Was bedeutet dies Getöse, das in aller Ohr erklingt
gleich dem Wind in öden Tälern, der Gewitterslärm bringt,
gleich des Meeres dumpfem Brausen, dessen Groll die Nacht verschlängt?
's ist das Volk, es zieht heran.

Woher kommt es, wohin geht es? Welcher Art ist es, was Geschlecht?
Zwischen Hölle und Himmel, sagt mir, wo ist seiner Heimat Recht?
Ist für Gold es zu erkaufen? Willst verdingen sich als Knecht?
Näher schon löst es heran.

Horch des Donners weites Rollen!
Schau zur Sonn! Aus hoffnungsvollen
Herzen steigt empor mit Grollen,
und das Heer marschier! heran.

Qual und Jammer zu entfliehen, strebt es zur Glückseligkeit;
jeder Winkel ist ihm Heimat auf der Erde weit und breit.
Wollt ihrs knechten und entnechten, eilt, zu nutzen noch die Zeit,
denn das Ende naht heran.

Seine Hand baut eure Häuser, webt euch Linnen, schießt Euch Brot,
bittet euch auf weidtem Pfluge, bannst von eurer! Herd die Not.
All dies wirkt es, heut und immer, Sklave eurer. Mach! Gebot,
bis das Heer marschier! heran.

Horch des Donners weites Rollen!
Schau zur Sonn! Aus hoffnungsvollen
Herzen steigt empor mit Grollen,
und das Heer marschier! heran.

Mand! Jahrhundert trugs die Fron, stumm, geduldig, taub und blind;
nichts entriß es seinen Sorgen, ein in Schlaf gelulltes Kind.
Da auf einmal jetzt erwacht ist, seinen Schrei beschwingt der Wind,
und im Marschschritt ziehls heran.

Hört, ihr Reichen, und erzitter! Deutlich spricht der Zelten Mund:
Wir Enterbten lösen klirrend unsre Ketten diese Stund
und zum Kampfe für die Menschheit stehn wir Männer auf im Bund
und marschieren als Heer heran.

Horch des Donners weites Rollen!
Schau zur Sonn! Aus hoffnungsvollen
Herzen steigt empor mit Grollen,
und das Heer marschier! heran.

„Wollt, wenns Krieg, mit euren Leiden nähren ihr der Flammen Schrein?
Wenn es Frieden, nicht gesellen euch zu uns, der Brüder Reihn?
Kommt und lebt. Denn neues Leben tagt der Welt, die wir befreien,
und die Hoffnung zieht voran.“

Vorwärts ziehn wir, Proletarier! Wißt! Was machtvoll näher klingl,
ist des Freiheitskampfs Schlachtruf, der die ganze Welt durchdringl.
Vorwärts! Für der Menschheit Hoffen, hoat im Sturm das Banner schwingl!
Und die Welt marschier! voran.

Horch des Donners weites Rollen!
Schau zur Sonn! Aus hoffnungsvollen
Herzen steigt empor mit Grollen,
und das Heer marschier! heran.

William Morris.

Eine böse Suppe.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Zu allen den Schwierigkeiten, die dem Grafen Stürgth die Ministerpräsidentenschaft verbittern — zur Obstruktion der Ruthenen und zu den Intrigen der vielen Freunde und Vorgänger, die darauf lauern, seine Nachfolger zu werden — ist nun eine neue Schwierigkeit gekommen, die ihm leicht das Leben kosten kann. Einer seiner Minister, der galizische Landsmannminister Dlugosz, hat aus der Schule geschwätzt und Geheimnisse des Reptilienfonds verraten, so daß Graf Stürgth schließlich, um sich zu retten, die Sache beschönigen wollte, aber dabei das Wesentliche, nämlich die Tatsache der politischen Bestechung mit dem Gelde der Regierung zugeben mußte.

Die Sache kam so auf: Der Minister für Galizien wurde nach den Wahlen im Jahre 1911 der „polnischen Volkspartei“ entnommen, da diese unter den polnischen Parteien nunmehr die stärkste geworden war. Der neue Minister war der Petroleumgrubenbesitzer Ladislaus von Dlugosz, den der Führer der Partei, Abgeordneter Stapinski, dem Ministerpräsidenten vorgeschlagen hatte. Die Volkspartei ist zwar eine Partei der polnischen Kleinbauern, und Dlugosz war ein Petroleumspekulant, aber da er mit seinen Spekulationen Millionen verdient hatte, hatte ihn der politische Ehrgeiz gepackt und er war der Bauernpartei beigetreten, weil er da am leichtesten Karriere zu machen hoffen konnte. Bald brachte er es durch kleine Darlehen und Spenden, die er den verschiedenen Bauerngenossenschaften und der Partei zukommen ließ, zur Rolle eines „Gönners und Wohltäters“ der Partei, die eben erst Aufhebung an die Parteien des Großgrundbesitzes und des Adels gefunden hatte, indem sie in den „Polenklub“ eingetreten war; er wurde Abgeordneter und schließlich Minister, da die armen Bauern ihn für ihren „repräsentabelsten“ Mann ansahen und sich allmählich die Partei ohne den Millionär, der es ihnen ersparte, für die Kosten der Parteitätigkeit selbst aufzukommen, gar nicht mehr vorstellen konnten. Nun hat die Volkspartei bei den letzten Wahlen für den galizischen Landtag eine arge Niederlage erlitten und die siegreichen Konservativen wollen die Bauern ganz zu sich herüberziehen, wobei aber der Führer und Gründer der Partei, Abgeordneter Stapinski, das Hindernis ist. Um diesen wegzuräumen hat nun Dlugosz — offenbar im stillschweigenden Einverständnis mit Stürgth auf dem Kongresse der Partei die Enthüllung vorgebracht, daß Stapinski vom Grafen Stürgth mit 120 000 Kronen bestochen worden sei und auch vom galizischen Statthalter und von politischen Parteien Geld erhalten habe. Alle diese Geldgeber hätten von ihm auch Quittungen erhalten. Die Vertrauensmänner sprachen aber dem Angegriffenen ihr Vertrauen aus und beschloßen die Ausschließung des Ministers Dlugosz. — Der Abgeordnete Stapinski verantwortete sich nun dahin, daß er vom Grafen Stürgth nie einen Heller erhalten habe.

Wohl habe er vom Minister Dlugosz wiederholt für Parteizwecke große Summen erhalten, aber er habe immer geglaubt, dieser habe das Geld aus seinen privaten Mitteln hergegeben und er sei auch während der Wahlen von Dorf zu Dorf geeilt und habe den Bauern den Minister Dlugosz als Wohltäter der Bauern gepriesen. Jetzt allerdings habe er erfahren, daß Dlugosz das Geld nie aus eigener Tasche gegeben, sondern die Quittungen dem Grafen Stürgth übergeben habe und sich von ihm das Geld habe zurückzahlen lassen. Auch die privaten Personen hätten das Geld nie als Bestechung gegeben, sondern für Zwecke der Partei. Daß er für das Parteiblatt einmal einen größeren Betrag von den Konservativen angenommen habe, habe den Grund darin, daß die Partei damals — was er allerdings jetzt als Fehler erkenne, — mit diesen in Verbindung getreten sei.

Selbstverständlich wurde die Angelegenheit auch im Parlament zur Sprache gebracht und der Ministerpräsident Graf Stürgth mußte in seiner Antwort auf mehrere an ihn eingebrachte Interpellationen zugeben, daß er dem Stapinski persönlich niemals Geld gegeben habe, daß aber einmal, nämlich im Januar dieses Jahres, von einer „angesehenen und politisch befreundeten polnischen Seite“ — den polnischen Konservativen — an ihn herangetreten worden sei, er möge zur Erwerbung der Zeitung des Abgeordneten Stapinski die erforderlichen Mittel bieten. Er habe diese Mittel aus dem zu seiner Verfügung stehenden Dispositionsfonds auch tatsächlich bereitgestellt. Doch habe Abgeordneter Stapinski nicht wissen können, von wem der Betrag stamme. Und dann verwies der Minister darauf, daß „in Oesterreich, wie in anderen Staaten der Regierung ein solcher nicht verrechenbarer Dispositionsfonds von den Parlamenten offiziell votiert“ werde. „Geschicht dies aber, so ist damit wohl die Absicht verbunden, diesen Fonds nicht etwa zu Repräsentations- oder ausschließlich zu humanitären, sondern zu politischen Zwecken zur Verfügung zu stellen.“

In der Debatte, die das Parlament über diese Interpellationsbeantwortung beschloß, wurde namentlich von unserem Genossen Daszynski die Korruption, mit der man in Galizien die Bauern zu gewinnen sucht und die man auch im übrigen Oesterreich zugunsten der Regierungsparteien bei den Wahlen auswendet, an den Pranger gestellt. Er stellte fest, daß auf Grund eines Geständnisses eines hervorragenden polnischen Konservativen nachgewiesen ist, daß bei den Wahlen in den letzten sieben Jahren in Galizien allein vier Millionen Kronen Regierungsgelder für die Regierungsparteien ausgegeben wurden — was mit Rücksicht darauf, daß Galizien mehr als ein Viertel der ganzen österreichischen Bevölkerung habe und darauf, daß Galizien nicht die teuersten Preise habe, mit Rücksicht schließlich darauf, daß außer dem Polenklub auch der Deutsche Nationalverband und die Christlichsozialen Regierungsparteien seien, eine Ausgabe von zwölf Millionen aus den Staatskassen darstellt, die für die Wahl der Regierungskandidaten aufgewendet wurden.

Da eine Interpellationsdebatte im österreichischen Parlament nicht mit einem Beschlusse endigen darf, ist die Regierung heute einem Mißtrauensvotum entgangen. Dlugosz hat am 21. Dezember seinen Rücktritt erklärt. Aber es ist nicht unmöglich, daß ihm Graf Stürgth bald nachfolgt. Ein Abgeordneter charakterisierte seine Lage mit folgendem Witz: Die Leiche Dlugosz ist zu lange im Ministerium liegen gelassen worden und nun hat sich Graf Stürgth mit dem Leichengift infiziert.

Rußland gegen die preussischen Kornjunker.

Aus dem geliebten Rußland kommt den Agrariern des preussischen Ostens eine wahre Schreckenskunde. Wie ein Petersburger offizielles Telegramm meldet, hat der russische Handelsminister dem Ministerrat folgende Gesetzentwürfe vorgelegt:

Erstens einen Entwurf auf Erhebung eines Zolles auf ausländisches Getreide, das nach Finnland eingeführt wird, und zwar in Höhe von 4,30 Mark für hundert Kilo brutto auf Roggen, Gerste, Hafer, Weizen und Buchweizen in Körnern, sowie Erbsen und Spelz; von 6,50 Mark auf dieselben Getreidearten in Mehlform. Der Zeitpunkt für das Inkrafttreten dieses Gesetzentwurfes ist noch nicht festgesetzt.

Zweitens einen Entwurf auf Besteuerung von Getreide in Körnern (außer Reis, Erbsen und Bohnen), das nach Rußland eingeführt wird, und zwar in Höhe von 30 Kopeken für das Pud brutto.

„Die unverzüglich: Einführung dieser Maßregeln,“ so fährt die Petersburger Telegraphen-Agentur in ihrer Meldung fort, ist wünschenswert, denn das System der verschleierten Ausfuhrprämien, wie es in Deutschland üblich ist, hindert die Entwicklung der russischen Landwirtschaft. Die Lage wird sich verschlimmern, sobald Rußland seine Anbauflächen vergrößern und in der Feldkultur vortrefflichere Methoden anwenden wird.“

Die Bedeutung der von Rußland geplanten Maßregeln ist eine doppelte. Zunächst bringen sie den nach Rußland exportierenden deutschen Agrariern bedeutende materielle Schädigung. Dann aber werden sie auch bei dem Abschluß des nächsten Handelsvertrages mit Rußland eine erhebliche Rolle zu spielen berufen sein.

Heute ist die Situation so, daß die russische Getreideinfuhr nach Deutschland an die Mindestzölle des deutschen Zolltarifs gebunden ist. Umgekehrt ist die deutsche Getreideausfuhr nach Rußland durch die Einfuhrschneise erleichtert, die die russische Regierung nicht mit Unrecht als verschleierte Ausfuhrprämie bezeichnet. Wer aus dem Deutschen Reich Getreide ausführt, erhält dafür eine Bewilligung, die ihren jeweiligen Inhaber berechtigt, ein dem gleichen Zollbetrag unterliegendes Quantum von Getreide oder auch von Kaffee oder Petroleum zollfrei wieder einzuführen. Der Agrarier, der nach dem Auslande Getreide ausführt, erhält dafür also einen Freibeit, den er durch Verkauf bei einem Importhaus in bares Geld verwandelt. Er erhält außer dem Betrag, den ihm der ausländische Käufer bezahlt, noch einen Zuschuß aus Reichsmitteln. Je mehr Getreide ins Ausland verkauft wird, desto mehr Getreide, Petroleum oder Kaffee geht ins Reich zollfrei ein. Deswegen aber sind die zollfrei eingeführten Güter aber natürlich nicht um einen Pfennig billiger als die verzollten. Der Zoll wird für sie nur statt in Bargeld in Einfuhrscheinen gezahlt, deren Ertrag der Junker in die Tasche steckt.

Politische Übersicht.

Der Sieg der Jesuiten.

Zum Urteil im Adner Gewerkschaftsprozess.

„Au weh, wir haben gesiegt!“ So werden die christlichen Gewerkschaftsführer am Abend des 22. Dezember ausgerufen haben. Oder vielmehr, sie werden das nicht laut bekennen, sondern ihre wahren Gefühle in des Busens tiefstem Grunde verbergen. Denn wer vom Brote der Jesuiten gegessen hat, der richtet seine Laten stets so ein, daß er nie, wie man zu sagen pflegt, dabei erwölcht wird. Auf dieser Grundlage haben auch die Führer der Gewerkschaftsschriften ihr Prozeßgeschick geteilt, und da in der bürgerlichen Rechtsprechung die juristische Spitzfindigkeit und die jesuitische Auslegungskunst noch allemal über die einfache Wahrheit gesetzt hat, so kann man verstehen, daß auch die Gewerkschaftsschriften in Köln einen so „glänzenden“ Sieg errungen haben. Nur daß die Arbeiter, denen weder das Paragrafengewimmel der Jurisprudenz noch die Moratgrundsätze des Jesuitismus die Köpfe verdreht haben, sich voller Abscheu von diesem glänzenden Glend einer Gewerkschaftsrichtung abwenden werden, die im Namen des Christentums, der Religion der Liebe, den Haß der Arbeiter untereinander schießt, die Interessen der Arbeiterschaft an das Unternehmertum verrät, den Kampf gegen die Sozialdemokratie als ersten Grundsatz verkündet, trotzdem doch gerade die Sozialdemokratie den Zustand herbeiführen will, der heute von tausend Rängen verkündet wird: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“

Man muß sich nur erinnern, mit welcher zynischen Offenheit Herr Imbusch vom christlichen Bergarbeiterverband sich des Kampfes gegen den Gewissen Hué bei der jüngsten Reichstagswahl gerühmt hat: wie von andern hervorragenden Gewerkschaftsschriften erzählt wurde, daß man sich auf Geheiß und Verberb mit den nationalliberalen Scharfmachern verbunden habe, um die Sozialdemokratie im rheinisch-westfälischen Industrierevier aus dem politischen Spiel zu bringen. Und allemal ist bei dem großen Streit der Bergklaven im Ruhrrevier durch das streikbrecherische Verhalten der Gewerkschaftsschriften die Krone ausgefallen worden. Man wird dem zustimmen können, was der Verteidiger der verklagten Redakteure, Genosse Wolfgang Heine, am Schlusse seines glänzenden Plaidoyers sagte: „Die christliche Arbeiterbewegung in Italien und in Frankreich ist unter dem Regime Bius des Zehnten vernichtet worden. Die deutschen christlichen Gewerkschaften wären zweifellos auch vernichtet worden; nur ging dies in Deutschland nicht so leicht, weil das deutsche Zentrum an der christlichen Arbeiterbewegung und an ihrem Fortbestande ein lebhaftes politisches Interesse hatte. Das hat die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland erhalten. Das Zentrum hat aber an dieser Erhaltung der christlichen Gewerkschaften nur dann ein Interesse, wenn sich diese wieder in allem der Politik des Zentrums anschmiegen. Dies ist geschehen. Die christlichen Gewerkschaften sind heute so weit, daß sie sich beim Ruhrstreik sagten: lieber soll die Lohnminderung unterbleiben, als daß unsere Leute mit dem freien Bergarbeiterverbande zusammengehen!“

Der Prozeß hat das bestätigt, was durch unsere Parteipresse festgestellt worden ist: daß das Papsttum durch die „Encyclica singulari quadam“ die christlichen Gewerkschaften unter seine Oberaufsicht bringen wollte; und weiter, daß sie vom Zentrum für seine politischen Zwecke genützt werden. Daneben spielt die Verurteilung der Beklagten wegen angeblicher formeller Beleidigung der Herren Führer der Gewerkschaftsschriften nur eine nebensächliche Rolle. Die Rheinische Zeitung in Köln, die in der Zentrumspolitik und der jesuitischen Taktik der Gewerkschaftsschriften stets ausgezeichnet beraten ist, zieht aus dem Prozeß dieses Ergebnis: „Wenn sie etwas anderes sein wollten als Organisationen zur Bekämpfung ihrer sozialdemokratischen Klassenfeinde, hätten die Christlichen gerade jetzt alle Ursache, alles Trennende zurückzustellen und denen die Hand zum Frieden zu bieten, die sie bisher gehässig bekämpft haben. In diesen ersten Zeiten ist es freudig, die ohnehin in mehrere Lager gespaltenen Arbeiter noch mehr zu entzweien. Wenn mit dem Kölner Prozeß der jenseitige Zwist der Organisationen ein Ende nehmen und eine gemeinsame Front gegen die gemeinsamen Feinde der Arbeiterklasse zustandekommen sollte: wir wären die ersten, die das freudig begrüßen würden. Aber dazu gehört auf beiden Seiten der gute Wille und völlige Unabhängigkeit von arbeitserfüllenden Einflüssen.“

Die Bauern hatten eine hündische Freude, wenn sie Pettijean recht betrunken machen konnten. In solchen Stunden verschwähe er sich oft und ich kam dahinter, daß sein Hauptberuf nur ein Mittel war, falls Geld unter die Leute zu bringen. Dies gelang ihm leicht; wir waren ja täglich in anderen Dörfern. Man und wieder zeigte er mir lachend eine Zeitung, worin stand, daß da und da falsches Geld eingekommen worden sei. Auf meine Vorhaltungen grinste er nur: Die Hühlerköpfe und Tintenschlecker kriegen mich nicht. Ich müßte nicht Pettijean sein.

Diese Wahrnehmungen taten ihre Wirkung auf mich. Während der kleine einen seiner Gewalttätigkeiten ausschloß, kieferte ich davon. Innerwegs stieg ich in einem Weinberg den reifen Trauben nach und kam dabei mehr und mehr von der Straße ab. Schließlich fand ich ein verlassenes Landhausehen. Ich rief, niemand gab Antwort, ich ging hinein. Keine Türe war ganz, von Fensterrahmen und Läden sah ich keine Spur mehr, in den Zimmern hingen die Tapeten und Bekleidungen fehlerweise herunter. Der Garten aber war in Ordnung. Das wunderte mich; umso mehr, als nirgends Obst abgehängt war. Die Stachel- und Johannisbeeren waren überreife, die Zwetschgen und Frühbirnen lagen haufenweise auf der Erde und faulen. Mir gefiel der Platz ausnehmend und ich richtete mich im oberen Zimmer ein. Wierzehn Tage dauerte meine Herrlichkeit; kein Hund, kein Geshick störte mich. Ich spielte der Naturmischer und lebte nur von Früchten. Wenn ich satt war, legte ich mich nach in die Sonne, ließ mich von allen Seiten anfeuchten, oder schaute den Wolken nach; kann auf Verle oder ich. Nur selten hörte ich auf der Landstraße ein Fuhrwerk vorbeifahren und eine Peitsche knallen. Einmal trug mir der Wind ein helles Wädchenslachen zu, das brachte mich auf wunderliche Heimweggedanken. Von diesem Ort hätte ich nimmer fortmühen.

Dieses Aus-Obstessen konnte ich auf die Dauer nicht aushalten. Ich wanderte weiter und hatte schlechtes Wetter bereicht. Immer bald überzog sich der Himmel mit niederrückigen grauen Wolken. Bald fielen die ersten Tropfen. Weit und breit kein Haus, kein schützender Baum. Anfangs lang ich und war lustig. Aber als das Wasser immer eindringlicher an mir niedertropfte und mich durchdränkte, wurde ich wild und brütete harte Gedanken. Ich verprügelte tausendmal, fort zu sein. Doch hatte ich mehr Glück, als ich verdiente. Im nächsten Ort nahmen mich Arbeiterleute auf und trockneten meine Kleider. Auch fürs Übernachten sorgten sie. Die ganze Familie schaute mir beim Essen zu; sie konnten wohl fühlen, ich sei alle Schrecken leer, das war den guten Leuten mehr wert als ein Schauspiel. Als der Mann in der Frühe in die Fabrik ging, nahm er mich eine Strecke weit mit und zeigte mir den Weg. Seiner Schätzung nach waren es bis nach Paris noch siebzig Kilometer. Diese wuscherte ich in zwei Tagen und passierte den Botori Charenton. Ich war ehrlich erstaunt über den riesigen Verkehr und fürdachte immer überbreit u werden. Auf der Seine, die hier faum ein Drittel so breit ist, als bei uns der Rhein, fuhren große Dampfer. Ueberall wohin ich schaute, Leute und Leben. Arbeiter

Deutschland.

Die Verurteilung des Leutnants v. Forstner

hat in den reaktionären Blättern sinnlose Mut ausgelöst. Die Konservativen heulen förmlich, weil dieses Urteil die Offiziere schuldlos den Angriffen des Pöbels preisgebe. Ein probates Mittel hat der Berliner Polizeipräsident gefunden, um militärische Ausschreitungen zu decken und Forstner der Hand der strafenden Gerechtigkeit zu entziehen. Herr v. Jagow sandte an die Kreuzzeitung folgende Erklärung:

Militärische Übungen sind Akte der Staatshoheit. Werden ihnen Hindernisse bereitet, wie in Dettweiler, so gilt für deren Verfolgung das gleiche. Strafverfolgung wegen eines Aktes der Staatshoheit ist unzulässig. Das ist ein selbstverständlicher Rechtsgrundsatz, der übrigens im 7. des preußischen Gesetzes, betreffend Konflikte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen einer Amts- und Diensthandlung vom 13. Februar 1864, Gesetzsammlung Seite 86, für Beamte auch ausdrückliche Anerkennung fand. Also dürfte gegen Forstner Anklage nicht erhoben werden, geschweige denn Verurteilung erfolgen. Anscheinend hat das Gericht erster Instanz diesen Gesichtspunkt nicht geprüft, die Berufungsinstanz wird ihn der Beratung vorweg zu Grunde zu legen haben. Wäre die Rechtslage anders, so bedürfte sie schleuniger Änderung, denn wenn unsere Offiziere, und noch dazu solche, die fast in Feindesland stehen, Gefahr einer Custodia in honore laufen, weil sie sich für die Ausübung des königlichen Dienstes freie Bahn schaffen, dann erwächst dem vornehmsten Berufe Schande, und ein sie schändendes Reichsgesetz, nachgebildet dem genannten preußischen Gesetze, wäre dann dringende politische Notwendigkeit.

Bez.: Dr. jur. von Jagow.

Anscheinend sieht der „Dr. jur.“ Jagow in dem glorreichen Kriegszug gegen den Schutze Blank und in dem kühnen Säbelzug des fünftägigen Leutnants eine „militärische Übung“, also einen Akt der Staatshoheit, denn den Ausmarsch der Truppen auf ihren Übungsplatz hat ja kein Mensch gehindert.

Das deutsche Volk kann sich gratulieren, wenn solche militärischen Übungen und Akte der Staatshoheit öfter Mode werden! Der „Dr. jur.“ Jagow aber hat sich ein neues Denkmal gesetzt.

Daß ein elsässisches Gericht kein preussisches Gesetz anwenden kann, dürfte im allgemeinen jedem Laien klar sein.

Der Termin gegen Oberst von Reuter. Die Verhandlung gegen Oberst von Reuter vom Infanterie-Regiment 99 wird vor dem Kriegsgericht der 30. Division voraussichtlich am 5. Januar stattfinden. Wird Herr von Jagow auch dazu das Wort nehmen?

Die Rekruten werden bestraft! Wie die Zeitung Der Elsäßer in Straßburg mittelst, erhielt ein Teil der aus Zabern stammenden Weihnachturlauber, die bis zum 28. Dezember Urlaub hatten, telephonisch den Bescheid, wieder in ihren Garnisonen zurückzukehren. Die aus Zabern stammenden Rekruten des 99. Infanterie-Regiments haben in diesem Jahre keinen Urlaub erhalten.

Protest gegen den verräterischen Redakteur. Der Verband der Ostdeutschen Presse in Königsberg hat eine Resolution zum Prozeß gegen die Zaberner Rekruten angenommen, in der das Verhalten des Redakteurs Kästle vom Elsäßer in Straßburg als unerhörter Vertrauensmißbrauch im Interesse der Ehre und des Ansehens des deutschen Redakteurstandes scharf verurteilt wird. Kästle hatte die Rekruten bekanntlich zu einer schriftlichen Erklärung veranlaßt, deren Geheimhaltung er versprach und diese Erklärung dann veröffentlicht.

Wie Redakteure behandelt werden!

Der Berliner bürgerliche Redakteur Steinthal, der wegen Beleidigung des Generalintendanten Graf Hülsen zu einem Jahre Gefängnis verurteilt und gegen 20 000 Mark Kaution vorläufig aus der Haft entlassen wurde, hat der Aufforderung zum Straftritt nicht Folge geleistet und ist ins Ausland gegangen. Er erläßt in der von ihm redigierten Deutschen Montagszeitung die folgende Erklärung:

In schmutzigen Hemden gingen neben den feinsten Herren. Und die Mädchen erst! Freilich waren viele wacklige Gesichter darunter, aber doch hin und wieder ein so raffisches und feines, daß ich stehen blieb und ihm offenen Mundes nachschaute.

Tagsüber lief ich ziel- und zwecklos in der Stadt umher, aus dem Verwundern kam ich gar nicht heraus. Als es Nacht war, setzte ich mich auf eine Bank und schloß trotz dem Gelärme der vielen Wagen und Passanten. Ich erwartete; die breite Straße menschenleer, nur hier und da ein verspätetes Pärchen. Ein Mann kam, der die Gaslaternen auslöschte. Ratten krochen aus den Abflußgräben und lachten Futter. Zwei Polizisten, die vorbei gingen, nahmen mich mit auf das Kommissariat. Dort konnte ich auf einer Holzprüsche die Nacht vollends durchfristen. Um neun Uhr wurde ich einem Beamten vorgeführt; dieser gab mir die Adresse des deutschen Konsulats in der rue de Lille. Ich ging hin und mußte über eine Stunde warten, bis man mich vorließ. Aber ich wurde mit leeren Worten abgeseift und an den Hilfsverein in der rue de Bondy verwiesen. Als ich mich mit vieler Mühe dorthin durchgefragt hatte, war geschloffen. An der Türe stand ein Zettel, daß nur Dienstags und Freitags geöffnet sei. Es war Mittwoch, also mußte ich noch zwei Tage warten, ehe ich etwas ausgerichten konnte. Zufällig traf ich einen Kunden dort, der gute Winden wußte.

Am Abend gingen wir ins „Asyl des rentiers“. Wir mußten uns einer Reihe von Obdachlosen anschließen und einschreiben lassen. Da war die ganze Reihe zweifelhafter Existenzen vertreten, vom Gewohnheitsläufer bis zum Strizzi. Endlich läutete eine Glocke und wir wurden den Nummern nach aufgerufen. Je zehn Mann durften herein und wurden gebadet. Das ging schnell. Raum stand man unter der Brause, kam schon der Wärter und überschüttete einen mit Seifenlauge. Die roch stark nach Apotheke und big mikroskopisch. Nach dem Abtrocknen erhielt man Holzpantoffeln, ein reines Hemd und einen sauberen Anzug. War das ein köstliches Gefühl, endlich nach sieben Wochen wieder frische Wäsche auf dem Leib zu haben! Auch eine Suppe gabs, die war sehr gefalzen und gepeffert. Mit dem Schlafen wurde es aber nichts; auch hier ließen einem die Wanzen keine Ruhe. Am Morgen hieß es hinaus. Es war noch früh am Tag, in allen Gassen stand feiner Nebel, überall roch es nach Rauch. Mein Kollege vom vorigen Tag zahlte mir einen Schnaps. Auch schrieb er mir einige Adressen von Deutschen auf, bei denen ich mir etwas holen konnte. Ich tat keine Fehlgänge; sobald der Wagen zu tun hatte, war auch das innere Gleichgewicht wieder hergestellt. Mittags besuchte ich einen deutschen Pfarrer, der in der Nähe der Kirche Notre Dame wohnte. Der fragte mich vielerlei aus; ich mußte ihm auch einige meiner Gedichte zeigen. Eins behielt er zurück und schenkte mir zwei Duzend Schmarcken. Diese galten nur in der Volksküche und zwar jede für ein Mittagessen. Der andere hatte auf mich gewartet; als ich ihm die Zettel zeigte, meinte er: Kerl, du hast Schwein. Wir gingen gleich essen. Den Rest der Marken verkaufen wir bei einem Bäcker und erhielten einen Franken. Dieser wurde vertrunken. (Fortsetzung folgt.)

Durch dieses System sind die Junker in die Lage versetzt, erstens einmal die preisdrückende Wirkung der ausländischen Getreideinfuhr aufzuheben, zweitens aber auch der „nationalen Arbeit“ anderer Länder, namentlich Russlands, auf ihrem eigenen Gebiet empfindliche Konkurrenz zu machen. Im Jahre 1912 hat Deutschland aus Russland 260 000 Tonnen Roggen eingeführt und auf der anderen Seite 114 000 Tonnen dorthin exportiert. Im Ganzen sind aus Deutschland nicht weniger als 797 000 Tonnen Roggen ausgeführt worden. Schließen sich andere Staaten dem russischen Vorbilde an, so bedeutet das eine Umwälzung im deutschen Ackerbau, die den Roggen exportierenden Grundbesitz auf empfindlichste treffen wird.

Der deutsche Konsument kann hingegen eine derartige Zurückhaltung der deutschen Produkte durch die ausländische Besetzung nur begrüßen. Kann der deutsche Roggenjunker sein Produkt nicht im Ausland vorteilhafter verkaufen, so wird er sich im Inland mit geringeren Preisen begnügen müssen. Auf diese Weise könnte eine gewisse Verbilligung der Brotpreise wie auch der Futtermittel erzielt werden.

Indes kommt es der russischen Regierung wahrscheinlich weniger auf den unmittelbaren Erfolg an, als auf die Wirkung, die eine Verstärkung der russischen Zollkraft auf den künftigen Handelsvertrag ausüben könnte. Russland sendet noch immer einen gewaltigen Teil seiner Naturprodukte nach Deutschland. Es betreibt mit 588 000 Tonnen ein Viertel des deutschen Weizeninfuhrbedarfs, mit über 2 Millionen Tonnen Gerste mehr als zwei Drittel der Getreideinfuhr. Es sendet nach Deutschland große Mengen von Hafer (mehr als die Hälfte der deutschen Einfuhr), Mais, Erbsen usw. Alle diese Mengen sind bei Winderung der deutschen Zölle noch steigersfähig. Dazu kommt die mögliche Erweiterung der Ausfuhr von Vieh, Fleisch, Wolleerzeugnissen usw., die durch Zölle und Einfuhrverbote stark zurückgedrängt wird.

Russland versucht nun, auf all diesen Gebieten günstigere Zollbedingungen zu erringen, indem es seinerseits durch eine entsprechende Handelspolitik einen Druck auf den deutschen Vertragspartner ausüben sucht. Es ist bekannt, daß sich vor einiger Zeit ein russischer Regierungskommissar in Berlin aufgehalten hat, um die auf diesem Felde liegenden Möglichkeiten zu studieren. Damals hieß es schon, daß man sich in Petersburg mit dem Gedanken trage, die Auswanderung der russischen Saisonarbeiter nach Deutschland zu sperren, und des wäre wohl der empfindlichste Schlag, der den Großgrundbesitz des Ostens treffen könnte.

Aus alledem geht hervor, daß die Veränderungen der handelspolitischen Konstellationen nicht ohne Einfluß bleiben können auf die deutsche „bewährte Wirtschaftspolitik“. Auf der einen Seite Abkehr der amerikanischen Handelspolitik zum Hochschutzzoll, auf der anderen Seite Uebergang Russlands zum agrarischen Protektionismus; das sind Veränderungen, die angesichts der Bedeutung dieser beiden Großstaaten für den deutschen Außenhandel ihre Rückwirkung auch bei uns im Innern üben müssen.

Amerika hat durch Freistellung der Rohprodukte und durch Ermäßigung seiner Zölle auch auf die Halbfabrikate seine ganze Zollpolitik auf die Fertigindustrie gestellt. Hier kreuzen sich die Interessen der deutschen und der amerikanischen Industrie, denn auch für die deutsche Industrie ist die Ausfuhr von Fertigprodukten entscheidend. Will die deutsche Fertigindustrie auf den strittigen Gebieten der amerikanischen gewachsen sein, so muß auch sie eine Handelspolitik erstreben, die ihre Produktionskosten verbilligt.

Auf der andern Seite wird die Position der deutschen Agrarjunker durch den russischen Ozeanangriff erschüttert. Und man begreift jetzt die Sorge, mit der das Organ der Zollwucherer, die Deutsche Tageszeitung die jetzigen Rechtsverhältnisse im Reichstag betrachtet. Denn wenn auch die Zolltarifmehrheit von 1912 noch immer vorhanden ist, so gehören ihr doch Parteien und Abgeordnete an, die sich den amerikanischen und russischen Argumenten am Ende nicht ganz unzugänglich erweisen könnten.

Eine Politik des „Nun erst recht“, wie sie die Agrarier vertreten, bedroht Deutschland mit schweren Zerkämpfen und gefährdet seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten. Die „bewährte Wirtschaftspolitik“ gerät ins Wanken, und das einer der wichtigsten Schritte gerade von Russland abgeleitet wird, von dem die Junker sonst alles Heil erwarten, das ist der Humor von der Geschichte.

Der Baldamus und seine Streiche.

Von Oskar Wilde.

Zum Übernachten fehlte mir das Geld. Ich beschloß, eine Pate zu reiten. Der Fuchs war günstig. Kurz vor einem Stadteck sah ich auf dem Friedhof eine Kapelle stehen, die mir geeignet schien. Ich wartete die Dunkelheit ab, und als weit und breit kein Mensch zu sehen war, überstieg ich das Kapellengitter und legte mich neben einen Sarkophag auf den Boden. Wägen in der Nacht machte mich ein wildes Gebend. Der Friedhof lag taghell, die Grabsteine waren pures Silber und warfen lange Schatten. Der dem Alter stand ein großer Herrhändler, der heute bald mich, bald den Mond an. Ich glaubte ich zu träumen. Doch plies ich mich einige Male ins Bett und da's weh tat, merkte ich, daß doch alles Wirklichkeit sein mußte. Aber dann dachte ich wieder, vielleicht hast du eine Verleumdung. Zwar ein Gespenster glaubte ich nicht, doch selber ist heil, so heile ich in der Ecke ein Sprüchlein, das ich noch von der Großmutter her her wußte. Ich sprach mir selber: Wer zu traut: Alle guten Geister leben den Herrn, richte meinen Sünden und schick mich aller Gewalt durchs Feuer hindurch, dem Hund an die Semme. Der Hund einen Menschen lang vorwärts, dann schenke er auf und laute davon. Sein Gemurmel hörte ich nach lange. Mit dem Schloß war vorbei; nachträglich sagte eine Gähnscham: die andere. Ich lag aus der Kapelle heraus und ging an den schwebenden Gräbern vorbei der Landstraße zu. Bei Tagesbruch war ich ein gutes Stück weiter.

Es wurde früh, ich dachte bereits davon, unterzulegen. Da sah ich auf der Straße einen kleinen Hundchen stehen. Nicht u ich davon im Traumzustand lag ein verführerisches Mädelchen und ab. Nachsehen bei es mir aus seiner Unterlippe zu trinken an. Bald sah ich mich zusammen, als ferren wir uns schon jahrelang. Ein Hund war das ordere ich erliche, daß Pettijean ein Beldner ist und sich hier mit den anderen ischt und recht durchschnege. Als der kleine Herrhändler wurde wieder, als diese her waren, kam nach eine dritte und eine vierte daran. Bei der fünften verlor ich ihm im Traumzustand zu werden. Pettijean war in der Nähe eine Ferne, und wir unsere Köpfe ausschlagen konnten. Mitten in der Nacht sang der Beldner an zu brüllen: „Zu Hilfe! Es liegt ein Leier neben mir, ich spüre schon seinen Fuß!“ Es folgte mich Wähe genug, um diesen Schreien auszuweichen. Frühmorgens konnte uns der Bauer e das Kleiderstück ab; ich schob den Karren weiter, von einem Ort o ras in der anderen. Das Geschäft blühte; den Bauernweibern fraß der Krüppel alles aufhagen. Es gab auch Freischelung. Red. Wäher hatten wir im Karren, Schmalz war billig und wo der Herr einem Fuhr oder einer Gans den Hals aufreihen konnte, bekam er ich nicht weismal. Darin war i Peiter. Das Reiten und Ausreihen war meine Sache. So ferren wir zu manchen schönen Bärten. Traier wir Wirtschaften, die Gähle hatten, ließen ich den Karren stehen; ich spielte drin auf, der Belgier sammelte ein, ging aber von keinem weg, bevor er etwas hatte. Diese Streiche reifen wir.

Ich sollte heute (19. Dezember) die wegen Beleidigung des Grafen Hülffs-Häferer über mich verhängte Gefängnisstrafe von einem Jahre antreten. Sämtliche Ärzte und Gerichtsärzte, die mich untersuchten, haben mich für derzeit haftunfähig erklärt und den königlichen Oberstaatsanwalt darauf aufmerksam gemacht, daß eine jetzt erfolgende Inhaftierung für mich die schwersten Folgen haben könnte. Der Herr Oberstaatsanwalt hat dagegen erklärt, daß er trotz dieser Gutachten auf dem sofortigen Strafantritt bestünde. Mir steht das gesetzliche Recht zu, bei derartigen gerichtlichen Gutachten einen Strafaufschub bis zu vier Monaten zu verlangen. Ich bin es meiner Familie und meinem Unternehmen schuldig, eine derartige, meine physische Existenz bedrohende Gefahr abzuwenden. Ich habe mich deshalb heute in ein von der preussischen Behörde unkontrolliertes Sanatorium begeben, von wo aus ich die gesetzlichen Schritte zur Erzwingung des Strafaufschubs unternehmen werde. Ich werde meine Strafe antreten, sobald diejenigen beamteten Ärzte, die jetzt meine Inhaftierung für unzulässig halten, mir erklären, daß die von ihnen festgestellte Gefahr nicht mehr besteht.

So zeigt der herrliche preussische Kulturstaat just am „Feste der Liebe“ wieder, wie er die Vertreter der Öffentlichkeit behandelt. Herr Steinhilf mag noch froh sein, daß er kein Sozialdemokrat ist, sonst wäre er wohl von vornherein oder längst verhaftet worden.

Friedensschluß zwischen Ärzten und Krankenkassen?

In den Abendstunden des 23. Dezember ist nach sechsständigen Verhandlungen im Reichsamt des Innern zwischen den Organisationen der Krankenkassen und der Ärzte folgendes Abkommen getroffen worden:

1. Bei dem Versicherungsamt oder bei einer anderen Behörde wird ein Arztregister eingerichtet, in das sich jeder Arzt, der Kassenpraxis betreiben will, einzeln oder er einer Organisation angehört oder nicht, einzutragen hat. Nähere Bestimmungen über die Eintragung bleiben örtlicher Vereinbarung vorbehalten. Nur die im Register eingetragenen Ärzte dürfen zur Kassenpraxis zugelassen werden. Die Auswahl der Zulassenden erfolgt von Fall zu Fall durch Verständigung der Vertreter der Kassen und der Vertreter der im Arztregister eingetragenen Ärzte nach Maßgabe vorher vereinbarter, im Einvernehmen mit dem Oberversicherungsamt festzustellender Regeln. Dabei gelten diejenigen Ärzte, die bisher Kassenpraxis ausgeübt haben, als im Arztregister eingetragene Ärzte und sind in demselben von Amts wegen zu führen. Bei Streit über die Zulassung entscheidet unter Vorsitz eines Beamten (zum Beispiel des Vorsitzenden des Versicherungsamtes) ein paritätisch besetzter Ausschuss, dessen Mitglieder aus dem Ärztestande in ihrer Mehrheit zur Kassenpraxis zugelassene Ärzte sein müssen. Ein eingetragener Arzt, der dreimal ohne wichtigen Grund eine ihm angebotene Arztstelle bei einer beteiligten Kasse ablehnt, kann im Arztregister gestrichen werden.

2. Soweit nicht bei einer Kasse oder einem Kassenverband (Paragrafen 406 bis 413 der Reichsversicherungsordnung) grundsätzlich alle im Arztregister eingetragenen Ärzte zur Kassenpraxis zugelassen sind, sind solche Ärzte anzustellen, daß mindestens auf je 1350 Versicherte, bei Familienbehandlung auf je 1000 Versicherte, ein Arzt entfällt. Unter den bei einer Kasse oder einem Kassenverband zugelassenen Ärzten soll, wenn nichts anderes bestimmt ist, die Auswahl freistehen.

3. Die Art der Vergütung der ärztlichen Leistungen einschließlich der Fuhrkosten wird der Regelung durch die Einzelverträge überlassen. Bei der Festsetzung der Vergütungen ist daran festzuhalten, daß dieselben unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse sowohl der Leistungsfähigkeit der Kassen als auch der Ansprüche der Ärzte auf eine nach Form und Höhe angemessene Entschädigung Rechnung tragen müssen.

4. Die Kassen innerhalb des Bezirks eines Versicherungsamtes und die innerhalb dieses Bezirks zur Kassenpraxis zugelassenen Ärzte bilden je eine Vereinigung zur Wahl eines Vertragsausschusses, dem nur zur Kassenpraxis zugelassene Ärzte angehören dürfen, und dem die Vorbereitung der Arztverträge obliegt. Die Verträge selbst werden zwischen der Kasse (oder dem Kassenverband) und dem einzelnen Arzt geschlossen. Die Gültigkeit eines solchen Vertrages darf nicht von der Genehmigung einer anderen Organisation als der in Absatz 3 erwähnten, abhängig gemacht werden.

5. Soweit über den Abschluß neuer Verträge keine Einigung erzielt wird, unterwerfen sich die Ärzte und Kassen dem Spruche eines paritätisch besetzten Schiedsamts mit beamtetem Vorsitzenden darüber, welche Bedingungen an dem Verträge zugrunde zu legen sind.

Hinsichtlich des Arztsystems bewendet es unbeschadet der Bestimmung unter Nummer 7 bei dem jeweils bestehenden Zustand. Eine Aenderung des Arztsystems soll eintreten, wenn beide Teile, die Kasse und die bei der Kasse zugelassenen Ärzte, darüber einig sind, oder, wenn bei mangelnder Einigung beider Teile ein wichtiger Grund vorliegt. Beim Widerspruch der bisher bei einer Kasse zugelassenen Ärzte gegen eine von der Kasse erstrebte Aenderung des Arztsystems kann die mangelnde Zustimmung der Ärzte durch einen Mehrheitsbeschluss, der dem Vertragsausschuss (Nummer 4 Absatz 1) angehörigen Ärzten ergänzt werden. Bei Streit darüber, ob ein wichtiger Grund vorliegt, entscheidet das Schiedsamt (Absatz 1). Die Entscheidung des Schiedsamts bindet beide Teile.

6. Beim Streit aus abgeschlossenen Verträgen entscheidet ein paritätisch zusammengesetztes Schiedsgericht endgültig und für beide Teile bindend; für vermögensrechtliche Ansprüche kann der Rechtsweg vorbehalten werden.

7. Bestehende Verträge zwischen Kassen und Ärzten bleiben, soweit nicht die Bestimmungen in Nummer 11 Platz greifen, unberührt. Die Bestimmungen dieses Abkommens sind in den Fällen nicht anzuwenden, in denen vor dem 24. Dezember 1913 zwischen Ärzten und Krankenkassen eine Vereinbarung, vorbehaltlich der Genehmigung der Zentrale des Leipziger Verbandes, zustande gekommen ist.

8. Auf die Regelung der Beziehungen zwischen Ärzten und den Betriebskrankenkassen der Eisenbahnverwaltung und auf die Regelung der Beziehungen zwischen Ärzten und den knappschaftlichen Krankenkassen sind die Bestimmungen dieses Abkommens keine Anwendung.

9. Es bleibt vorbehalten, bei der Ausführung dieses Abkommens im Einvernehmen mit den Beteiligten zu prüfen, inwieweit die Verhältnisse der Landkrankenkassen und der an ihre Stelle tretenden Ortskrankenkassen: noch besondere Bestimmungen erforderlich machen.

10. Die vertragsschließenden Teile verpflichten sich, die Stellungnahme ihrer Organisationen zu diesem Abkommen bis zum 29. Dezember 1913, vormittags, dem Reichsamt des Innern anzuzeigen. Ist beiderseits Zustimmung erfolgt, dann wird die ärztliche Vertragszentrale (Leipziger Verband) a) den Abschluß von Verträgen, wo Ärzte und Kassen über die Vertragsbedingungen einig sind, sofort zulassen, b) bei neuerrichteten Kassen eine vorläufige Ordnung der ärztlichen Versorgung fördern, c) darauf hinwirken, daß dort, wo bei schon bestehenden Kassen eine Einigung zwischen Ärzten und Kassen noch nicht erzielt ist, die Vertragsverhandlungen gefördert werden, und bis zu deren Abschluß die alten Verträge weiter gelten.

11. Beide Vertragsteile werden bemüht sein: a) auf die alsbaldige Entbindung derjenigen Ärzte von der kassenärztlichen Tätigkeit am Orte Bedacht zu nehmen, die die Kassen während der letzten Vertragsverhandlungen von auswärtig zugezogen haben und mit denen sie rechtsgültige Verträge geschlossen haben, b) für die anderweitige Unterbringung dieser Ärzte zu sorgen, c) auf eine möglichst baldige Lösung dieser Verträge hinzuwirken, d) die dabei notwendig werdenden Abfindungen zu vereinbaren. Diese Verhandlungen sollen von beiden Vertragsteilen gemeinschaftlich geführt werden, wobei vorausgesetzt wird, daß die Kassen deren Bemühungen unterstützen werden. Die entstehenden Kosten übernimmt der Leipziger Verband unter der Voraussetzung, daß die Verbände der Kassen ihren Einfluß dahin geltend machen, daß allenthalben die Kassen zu dem Arzthonorar für diesen Zweck einen Zuschlag von jährlich 5 Pfennig auf den Kopf der Versicherten bewilligen. Durch diesen Zuschlag soll die Hälfte der Kosten gedeckt werden.

12. Zur Durchführung dieses Abkommens und zur Entscheidung von Streitigkeiten, die daraus entstehen, wird ein paritätisch besetzter Zentralausschuss in Berlin eingesetzt, dessen Vorsitzenden der Staatssekretär des Innern ernannt. Bei der Besetzung des Ausschusses wird auf entsprechende Mitwirkung des beteiligten Bundesstaates Bedacht genommen werden.

13. Dieses Abkommen gilt vom 1. Januar 1914 bis zum 31. Dezember 1923 und von da an auf unbestimmte Zeit weiter unter dem Vorbehalt einjähriger Kündigung, die nur auf den 1. Januar zuständige ist. Im Falle einer Kündigung soll der Zentralausschuss alsbald Verhandlungen einleiten, um ein neues Abkommen vorzubereiten.

Die Zaberner Seche.

Der Leutnant v. Forstner hatte bekanntlich eine „Stechprämie“ ausgelegt; diese „Stechprämie“ kostete, ganz abgesehen von den politischen Folgen der schwersten Art, die sie nach sich zog, dem Deutschen Reich eine Summe, die eine recht beträchtliche Höhe erreichte. Die negative Heldentat des Herrn v. Forstner müssen die Steuerzahler nunmehr „berappen“. Die in Frage stehende Summe dürfte sich nach einer Berechnung von Mylon in der Bernhardschen Finanzzeitschrift „Plutus“ aus folgenden Posten zusammensetzen:

Reichstag, 2 Tage Zabernerinterpellation	20 000 Mark
Reichstag, 1 Tag Etat, weiter Zabern	10 000 "
Dienstreise des Kriegsministers und des Generals v. Deimling nach Donauerschingen	700 "
Dienstreise des Kanzlers, des Generals v. Deimling, des Statthalters nach Donauerschingen	1 500 "
Berlegung des Regiments von Zabern, Mehrkosten	25 000 "
Berlegung einer Kompanie der 105. nach Zabern	1 500 "
Sendung des Generals Kühn nach Zabern	500 "
Reise des Unterstaatssekretärs Mandel nach Berlin	300 "
Prozesskosten, Klageerhebungen und Zurückziehungen	1 000 "
Entschädigungsklagen der zu Unrecht Verhafteten und in den Pandurenkeller Eingekerkerten	? (jedenfalls ein erheblicher Posten).

Ob die Prozesskosten, drei Militärgerichts- und viele Prozesse vor dem bürgerlichen Richter nicht erheblich höher sind als 1000 Mark? Die nicht kalkultierten Entschädigungen werden wohl einen ganz hübschen Bagen Geld beanspruchen. Und dazu kommen dann die Pensionen für die sicher Verabschiedeten, den Obersten Reuter und den verunglückten Reichskanzler. Mit 100 000 Mark ist die Forstnerische Wackes-Instruktionsstunde nicht bezahlt. Das ist ein teurer Leutnant und ein kostspieliger „Fall“.

Verstärkt den Schnapsbottel!

Die Spirituszentrale pocht auf ihre Macht; den Forderungen der Verbraucher auf Herabsetzung der Spirituspreise um 5-6 Mark für das Hektoliter will sie nicht entsprechen. Sie will nur Rabatte bis zum Höchstbetrage von 2 Mark gewähren. Das Hochhalten der Preise bedeutet für die Brenner ein Bombengeschäft. Die Preise für das Rohmaterial, vornehmlich für Kartoffeln, sind ganz bedeutend gesunken. Ein Bild von der überaus glänzenden Konjunktur für die Schnapsbrenner hat man in der nachfolgenden Zusammenstellung. Es sind hier die Preise für Brennkartoffeln nach Magdeburger und für Kartoffelspiritus nach Hamburger Notierung gegenübergestellt. Es kosteten demnach in Mark:

	100 Liter	1000 Kilogr.
	Kartoffelsprit	Brennkartoffeln
Oktober 1910	26,50	32,00
Oktober 1911	29,15	50,00
Oktober 1912	28,15	25,00
Oktober 1913	35,25	21,00

Im Jahre 1911 sind die Spiritpreise mit Berufung auf die hohen Kartoffelpreise gestiegen worden. Im nächsten Jahre trat ein kleiner Rückgang bei den Spiritpreisen ein, aber im laufenden Jahre folgte eine viel kräftigere Steigerung. Jetzt ist der Preis für Spirit um 33 Prozent höher als im Jahre 1910. Aber die Preise für Brennkartoffeln sind bedeutend, nämlich um 34 Mark, gesunken. Stellt man die Preise von 1911 mit den diesjährigen in Vergleich, dann ergibt sich das folgende Resultat: Die Preise für

Brennkartoffeln sind um 58 Prozent gesunken, für Kartoffelsprit aber um 21 Prozent gestiegen.

Die Schnapsbrenner sind Schoßkinder des Glücks. Sie machen Riesengeschäfte. Die Konsumenten aber haben es in der Hand, den Schnapsbrennern das Geschäft zu verderben. Man trinke keinen Schnaps! Jedes getrunkene Liter Schnaps bedeutet eine Nachbesserung des koalitionsfeindlichen, antisozialpolitischen, arbeiterfeindlichen Junkertums.

Verhaftete Stadtverordnete. In der mecklenburgischen Stadt Wismar besteht seit längerer Zeit ein Konflikt zwischen dem Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium, der daraus entstanden ist, daß der Magistrat vier vom Stadtverordnetenkollegium zu Stadträtern vorgeschlagene Mitglieder ablehnte. Es sind dann Schmähbriege gegen Ratsmitglieder geschrieben worden, als deren Verfasser der eine der abgewiesenen Kandidaten, ein Kaufmann Ahrens, in Frage kommt. Deshalb wurde gegen ihn ein Haftbefehl erlassen, der nur wegen schwerer Erkrankung nicht ausgeführt werden konnte. Dagegen sind die anderen drei abgewiesenen Kandidaten wegen Mittäterschaft und Kollisionsgefahr verhaftet worden.

Das Reichstagsmandat des Totschlägers. Die Ehefrau des polnischen Reichstagsabgeordneten Grafen Mielzynski,

der seine Frau und seinen Neffen erschossen hat, gibt Veranlassung zur Erörterung der Frage, was mit dem Mandat des Grafen zum Reichstag werden wird. Man nimmt zwar an, daß er alsbald sein Mandat niederlegen werde, das er doch sobald nicht wieder wird ausüben können. Ob es geschieht, steht jedoch nicht fest. Da auch mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen ist, daß Graf Mielzynski nicht wegen Mordes, sondern nur wegen Totschlags bestraft wird, auf eine Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nicht erkannt werden wird, so würde mit der Bestrafung das Mandat nicht erlöschen. Es würde also von dem guten Willen des Bestraften abhängen, ob der Wahlkreis Samter-Birnbaum-Obornik für längere Zeit unvertreten bliebe.

Im Falle einer Mandatsniederlegung wäre der Kreis den Polen keineswegs ganz sicher. Bei den letzten Wahlen standen den 15 857 polnischen Stimmen 13 164 konservative und 1084 sozialdemokratische Stimmen gegenüber. Die Mehrheit war also nicht so groß, daß den Polen unter den obwaltenden Umständen der Sieg sicher wäre.

Ausland.

Norwegen.

Rüsten! Eine Deputation von Mitgliedern der Parteien der Linken und der Rechten überreichte dem Ministerpräsidenten eine Adresse. Darin wird die dringende Aufforderung an die Regierung gerichtet, in der nächsten Stortingsession Gesetzentwürfe über die notwendigen Bewilligungen für die Ausgestaltung der Landesverteidigung einzubringen. Ministerpräsident Knudsen antwortete, daß er die Angelegenheit seinen Kollegen unterbreiten wolle.

Belgien.

Altersversicherung der Bergarbeiter. Die belgische Kammer hat ein Gesetz angenommen, das die Pension für Grubenarbeiter auch denjenigen invaliden Bergarbeitern zukommen läßt, die nicht die vorschrittsmäßige Altersgrenze erreicht haben.

Großbritannien.

Neuer Zusammenbruch der Einigungsverhandlungen in Dublin. Die Lage in Dublin scheint hoffnungsloser als je. Die Delegierten des britischen Arbeiterkongresses sind abermals nach Dublin gegangen, haben neue Verhandlungen mit den Unternehmern angeknüpft, zahllose gemeinsame und separate Konferenzen abgehalten, und das Ergebnis ist daselbe wie bei allen früheren Einigungsversuchen: ein Vergleich war nicht zu erzielen, und die Verhandlungen mußten abgebrochen werden.

Italien.

Die libyschen Hinrichtungen im Parlament. Der Avanti hat unlängst photographische Aufnahmen in der Chrenaita veröffentlicht, in denen man auch italienische Soldaten als Henker mitwirken sah. Auf diese Bilder hat Genosse Turati Bezug genommen und die Minister der Kolonien und des Krieges befragt, wie sie über diese Hinrichtungen und über die Verwendung der Soldaten denken, und ob sich diese Tatsache mit der in der Thronrede erwähnten Kulturmission Italiens in der neuen Kolonie vertrüge. Für die Minister antworteten die Unterstaatssekretäre, die beide ihre lebhafteste Mißbilligung über die Verwendung von Soldaten aussprachen. Besonders scharf äußerte sich der Unterstaatssekretär des Krieges, der es als widerwärtig bezeichnete, daß man Soldaten zu derartigen Berrichtungen heranzog, und strenge Bestrafung der verantwortlichen Vorgesetzten verheißte. Turati erklärte sich nicht für zufrieden gestellt. Es sei unglücklich, daß das Ministerium über solche Taten erst durch den Avanti erführe. Unser Genosse fügte hinzu, daß die Soldaten für das Aufhängen von Eingeborenen an Telegraphenmasten 5 Lire Vergütung erhalten haben, und erklärte es für eine unnötige Grausamkeit, daß man die Araber durch den Strang hinrichte, anstatt durch Erschießen, da nach dem mohammedanischen Glauben die Erhenkten nicht in das Paradies gelangen. Turati wurde wiederholt durch lärmhafte und rohe Zwischenrufe der Nationalisten unterbrochen, bis er ihnen schließlich in einem plötzlichen Ausbruch des Ekels zurief: Hört auf, man schüttelt sich ja vor Abscheu!

Serbien.

Ministerkrisis. Während der heutigen Stapschindinaktion am 26. September verließ die gesamte Opposition unter Protest ihrer Führer gegen das verfassungswidrige Vorgehen der Regierung in der Budgetfrage demonstrativ den Saal. Hieraus sollte abgeleitet werden; doch war das Haus beschlußfähig. Es folgte daher Vertagung auf Montag. Wie verlautet, beschloß das Kabinett Pachtlich im Zusammenhang mit diesen Vorgängen wegen der Obstruktion der gesamten Opposition dem König sein Rücktrittsgesuch zu unterbreiten.

Türkei.

Erfolgreiche Expressterristik. Wie verlautet, sind vor der Abreise des französischen Botschafters Bonpard von diesem und dem Großwesir Uebereinkommen unterzeichnet worden, die sich auf die Errichtung französischer Schulen und anderer Anstalten beziehen, gleichzeitig die Verhältnisse der gegenwärtig bestehenden Anstalten dieser Art regeln und endgültig festsetzen, daß französische Staatsangehörige, gegen die Anlage erhoben worden ist, mit Ausnahme der Limesier und Maroffaner in französischen Konsulatsgebäuden untergebracht werden. Außerdem wurde ein Uebereinkommen unterzeichnet, wonach Forderungen französischer Privatleute, die hinter das Jahr 1908 zurückreichen, im Wege des Schiedsgerichts geregelt werden sollen. Frankreich hatte seine Zustimmung zur Erhöhung der Zölle und zur Einführung von Monopolen von der Regelung dieser Fragen abhängig gemacht. Diese Uebereinkommen werden dem Sultan zur Sanktion unterbreitet werden gleichzeitig mit Verträgen über Franzosen zu erteilenden Konzessionen für öffentliche Arbeiten, wofür Frankreich die Notierung der großen türkischen Anleihe an der Pariser Börse zulassen würde.

China.

300 chinesische Reuterer erschossen. Juanshikai scheint noch allen Ernstes die Truppenuntereinheiten niederwerfen zu wollen. Letztlich wurden auf seinen Befehl 10 Offiziere und 300 Soldaten, die sich gegen ihn erhoben hatten, in Kiangsum und Tschangsum erschossen.

Kleine politische Nachrichten.

Sozialdemokratische Kandidatur in Köln-Land. Die sozialdemokratische Partei stellt für die Nachwahl in Köln-Land den Gen. Ben. Redakteur Sollmann auf.

Arbeitslosenunterstützung in Sachsen-Altenburg. Der Landtag stimmt für folgenden sozialdemokratischen Antrag betreffend Arbeitslosenunterstützung: „Die Staatsregierung stellt für 1914-1916 jährlich bis zu 15 000 Mark aus den Beständen bereit, um den Gemeinden bis zu 50 Prozent ihrer Aufwendungen für außergewöhnliche Arbeitslosenunterstützung aus Staatsmitteln zurückzuerstatten. Die Staatsregierung wolle die Errichtung neutraler und paritätisch geleiteter Arbeitsnachweise, verbunden mit einer Zentralstelle, weiter tatkräftig unterstützen.“

Eine an England verkaufte Flugzeugerfindung. Die Aviatische Chronik bringt folgende Nachricht: Die von dem österreichischen Flugzeugkonstrukteur und Luftschiffer Dr. Raimund Ranfäher erfundene

Die Sklaven Roms.

Heber die Verhandlungen des christlichen Gewerkschaftsprozesses wird uns aus Köln geschrieben:

Zu der Verhandlung, die am 19. Dezember, vormittags 9 Uhr, begann, waren von den Klägern erschienen Generalsekretär Stegerwald und Verbandsvorsteher Behrens, die ebenso wie die abwesenden Kläger vertreten durch Rechtsanwalt Schreiber (Köln), von den Beklagten waren anwesend Pfarrer Mix (Wartburg), die Redakteure Wagner (Bergarbeiterzeitung), Schödl (Volkswacht-Bielefeld), Steinbüchel (Arbeiterzeitung-Essen); nicht erschienen waren die beklagten Redakteure des Hamburger Echo, der Fränkischen Volkszeitung, des Fränkischen Volksfreundes, der Pflanzbüchse, der Verbandszeitung und der Tabakarbeiterzeitung. Die Wartburg wurde durch Rechtsanwalt Grundschötel (Köln), die übrigen Blätter sämtlich durch Rechtsanwalt W. Heine (Berlin) vertreten. Nach Verlesung des Beschlusses über die Eröffnung des Hauptverfahrens gab der Vorsitzende eine kurze Darstellung des Sachverhalts. Sämtliche zur Verhandlung stehenden Artikel seien auf die Gewerkschaftsentscheidung gerichtet, die sich beschliefen mit dem Streit der christlichen Gewerkschaften und den katholischen Arbeitervereinen (Sitz Berlin), sowie deren Stellung zur Kirche. In der Gewerkschaftsentscheidung seien die christlichen Gewerkschaften als zulässig erklärt worden, aber es seien Zweifel bestehen geblieben über einzelne Sätze der Enzyklika. In deren Klärung habe der außerordentliche Kongress der christlichen Gewerkschaften in Essen stattgefunden, wo Herr Stegerwald, ein ihm vom Bischof Schulte ausgehändigte Interpretation vorgelesen habe. Au das Verhalten der christlichen Gewerkschaftsführer knüpfen die beanstandeten Artikel mit ihrer Kritik an, indem ihnen Doppelspiel, Verschweigen wichtiger Umstände, Dienstleistungen zugunsten der Industrieherrn im Westen nachgesagt werde. Das sei der Hintergrund der ganzen Sache.

Da es sich zunächst um das Verlesen zahlreicher Artikel handelt, werden die zahlreichen Zeugen und Sachverständigen bis 3 Uhr nachmittags verabschiedet. Dann folgt die Verlesung der Artikel der Wartburg, der Bergarbeiterzeitung, der Rheinischen Zeitung und der übrigen Blätter. Die gleichlautenden Stellen werden übergegangen. Die Redakteure der Blätter, soweit sie erschienen sind, übernehmen die pressegesetzliche Verantwortung, lehnen jedoch Angaben über die Verfasser ab. Für die abwesenden Beklagten erklärt Rechtsanwalt Heine, daß sie die pressegesetzliche Verantwortung übernehmen, ihre Artikel seien anderen Zeitungen oder in Korrespondenzen entnommen.

Die Angeklagten-Bernehmung beginnt mit Pfarrer Mix. Die Wartburg, so erklärt er, sei niemals gegen die christlichen Gewerkschaften eingenommen gewesen; es bestehe im Gegenteil ein Redaktionsbeschluss, wonach das Blatt dieser Bewegung gegenüber sich wohlwollend und fördernd verhalten habe, und noch beim Essener Kongress habe die Wartburg ihre Freude geäußert über das mannhaftes Auftreten der christlichen Gewerkschaftsführer. Als dann aber in der Presse Nachrichten aufgelaufen seien, wonach die christlichen Führer sich heimlich doch unterworfen hätten und gegen diese Mitteilungen von Seiten der christlichen Gewerkschaften nichts getan worden sei, habe die Wartburg es als Pflicht empfunden, diese Mitteilungen bekannt zu geben, da unter diesen Umständen die christlichen Gewerkschaften als eine Gefahr für evangelische Arbeiter erscheinen mußten. Schließlich habe der vatikanische Mitarbeiter der Wartburg die ganze Frage in den schon erwähnten drei Sätzen zusammengefaßt. Wenn dabei von einem Doppelspiel der christlichen Führer die Rede gewesen sei, so sei das ein Zitat gewesen, das den Zweck gehabt habe, eine gerichtliche Klärung herbeizuführen. Es entwidete sich eine längere Auseinandersetzung zwischen dem Vorsitzenden, der aus der Absicht, eine gerichtliche Klärung herbeizuführen, die Absicht der Beleidigung herleitet, und dem Beklagten, der versichert, die Absicht der Beleidigung nicht gehabt, sondern nur der Sache wegen jenen Artikel gebracht zu haben, weil er sich als evangelischer Pfarrer verpflichtet fühle, die Interessen der evangelischen Arbeiter zu wahren.

Redakteur Wagner gibt eine Darstellung über das Verhältnis der beiden Bergarbeiterorganisationen, des alten und des christlichen Verbandes, und das Verhalten des letzteren beim Bergarbeiterausstand im März 1912. Vorher habe der christliche Verband radikale Töne angeschlagen, erst angesichts der Reichstagswahl 1912 habe sich das Verhalten geändert und die Erklärung für diesen Umkehrung sei zu finden in den Artikeln des Janus und der Arbeiter. Diese Artikel seien ihm lange bekannt gewesen und erst, als er nichts darauf erwidert wurde, habe sie die Bergarbeiterzeitung derwertet. Das Auftreten der christlichen Führer in Essen war auf Täuschung berechnet. Wenn sie die Interpretation anwähmen, billigten sie auch die Enzyklika und verzichteten damit auf ihre Selbständigkeit, es blieb eben nicht, wie in Essen behauptet wurde, alles beim alten. Auf die Einwendung des Vorsitzenden, daß sich die Enzyklika doch nicht gegen radikales Auftreten wende, entgegnet Wagner mit dem Hinweis, daß die Enzyklika den Streit zwischen den einzelnen Ständen verbiete und sich auch gegen den Zustand wende. Der Vorsitzende weist hin auf die Behauptung des Artikels der Bergarbeiterzeitung, worin die Rede sei von einer tatsächlichen Unterwerfung der christlichen Führer, Wagner aber leide die angebliche Unterwerfung nur aus dem Verhalten der Führer ab. — Wagner: Das Verhalten der Führer bei der Reichstagswahl und dem Bergarbeiterausstand sei so auffallend, daß sie nur durch die Unterwerfung ihre Erklärung finde. — Der Vorsitzende weist weiter hin auf die scharfen Ausdrücke in dem Artikel der Bergarbeiterzeitung, die doch unter allen Umständen beleidigend seien. — Wagner führt die Schärfe des Tones auf die Kampfesweise des christlichen Bergknappen zurück. Das Verhalten der christlichen Gewerkschaften bei der Reichstagswahl und dem Bergarbeiterausstand 1912 ließ auch die Mitteilungen, daß hier das Geld der rheinisch-westfälischen Großindustriellen, das nach Rom wanderte, mitgewirkt habe, als zutreffend erscheinen.

Redakteur Schödl erklärt, daß er den Artikel der Volkswacht, der nicht in sein Ressort falle, nicht gelesen und auch nicht in Druck gegeben habe; er nehme an, daß der zuständige Redakteur sich von denselben Beweggründen wie Wagner habe leiten lassen. — Redakteur Steinbüchel erklärt, daß die Arbeiterzeitung (Essen) Publikationsorgan der freien Gewerkschaften sei, das im Mittelpunkt der christlichen Bewegung erscheine und aus diesem Grunde verpflichtet sei, von den Vorgängen auf diesem Gebiete Kenntnis zu nehmen. — In ähnlichem Sinne läßt sich Redakteur Schömann aus, der dazu noch hervorhebt, daß nach dem Zeugnis Stegerwalds selber die Rheinische Zeitung in der äußeren Form des Kampfes zurückhaltend sei.

Rechtsanwalt Heine führt in einer längeren Darlegung das Verhalten der Christlichen bei der Bergarbeiterbewegung 1911/12 auf drei Gründe zurück: sie wollten dem Zentrum die Hilfe der Nationalliberalen bei der Reichstagswahl sichern, sie wollten, wie die Äußerungen des christlichen Gewerkschaftsführers Hüagen beweisen, dem Bergarbeiterverbande das Genid brechen, und sie wollten der Kirche Folgsamkeit und Friedfertigkeit zeigen. Auf Grund dieses Verhaltens gewinnen, wie Wagner dargelegt hat, die Mitteilungen des Janus und der Wartburg einen hohen Grad innerer Wahrheitsähnlichkeit. Rom will keinen Streit großen Umfangs, es will keine kämpfenden Arbeiter, diese sollen höchstens bitten. Die christlichen Gewerkschaften konnten nach dem Erscheinen der Enzyklika ihre bisherige Haltung nicht mehr aufrecht erhalten. Das mußte Stegerwald als genauer Kenner der Verhältnisse wissen. Man hat sich unterworfen, aber nach außen hin mit Selbständigkeit geprunkt. Und hier trifft der Vorwurf des Doppelspiels in der Tat zu.

Stegerwald stellt in Aussicht, daß der Abgeordnete-Trimborn als Zeuge über den angeblichen Zusammenhang von Reichstagswahl und Bergarbeiterausstand und Generalsekretär Kreuzwald über den Zusammenhang von Bergarbeiterausstand und Gewerkschaftsentscheidung Auskunft geben würden. Stegerwald sowohl wie Behrens ergehen sich sodann über den letzten Bergarbeiterausstand in der bekannten Weise, wonach der Ausstand in jeder Beziehung ein Fehler war. — Rechtsanwalt W. Heine erklärt diese Darstellung für falsch. — Der Vorsitzende fordert sodann Stegerwald auf, sich über das Zustandekommen der bischöflichen Interpretation und seine Rede auf dem außerordentlichen Kongress in Essen zu äußern. Bezüglich der Interpretation sei auf die unten folgende Vernehmung des Bischofs Schulte-Paderborn hingewiesen, die sich mit der Darstellung Stegerwalds deckt. Die Frage des Vorsitzenden, ob irgend jemand seine in Essen gehaltene Rede verfaßt, zensuriert, genehmigt oder vorher gelesen hätte, beantwortet Stegerwald mit Nein.

Um 1 Uhr wird die Verhandlung abgebrochen und auf 3 Uhr vertagt. Nach Wiederbeginn folgt zunächst die Verlesung der Rede Stegerwalds in Essen, der Ausführungen der Diskussionsredner und endlich der am getrigen Tage erfolgten Vernehmung des Bischofs Schulte-Paderborn. Diese fand statt ohne Unterbrechung von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends, und zwar durch den Vorsitzenden des Kölner Schöffengerichts, Anwaltlicher Buße. Anwesend waren Kläper Stegerwald mit seinem Vertreter Rechtsanwalt Schreiber, sodann Rechtsanwalt Grundschötel und Rechtsanwalt Schreiber. Bischof Schulte sagte aus: Mitte November 1912 habe ich mit Stegerwald über die Enzyklika gesprochen, nachdem Abgeordneter Knöchel mich darauf aufmerksam gemacht hatte, daß in den Reihen der christlichen Gewerkschaften Beunruhigung herrsche. Stegerwald erklärte mir, daß die Beunruhigung hauptsächlich in einigen von den Gegnern besonders hervorgehobenen Sätzen liege. Darauf besprach ich mit ihm die einzelnen Sätze und erläuterte sie ihm in der Weise, wie es nachher in der Interpretation niedergelegt worden ist. Diese Erläuterung fixierte ich später schriftlich und sandte sie an den Erzbischof Köpp. Dieser teilte mir mit, daß von der Interpretation vielleicht noch Gebrauch gemacht werden könnte, und tags darauf schrieb er, daß die Interpretation zutrefte und von Stegerwald zur Bekanntschaft auf dem Essener Kongress verwendet werden könne. Wenn auch nur wir zwei an der Interpretation beteiligt seien, so würden doch auch die übrigen Bischöfe, wenn man sie ihnen vorlege, ihr zustimmen. So sandte ich die Interpretation an Stegerwald mit der Befugnis, sie als eine Erklärung der gesamten Bischöfe in Essen bekannt zu geben. Stegerwald erklärte sich mit der Sache einverstanden, lieber aber sei ihm, wenn er wisse, daß es auch die Meinung aller Bischöfe sei. Irgend eine Erklärung, daß die Unterwerfung Stegerwalds unter die Enzyklika eine Bedingung für die Aufhebung der Interpretation sei, habe ich weder gefordert noch erhalten. Im Gegenteil hat Stegerwald betont, er werde der Hervorhebung der Unabhängigkeit der christlichen Gewerkschaften bis an die Grenze des Zulässigen gehen. Was da mit gemeint war, weiß ich nicht. Ich nehme an, daß damit die Form seiner Äußerungen gemeint war. Ich habe, um meiner Besorgnis Ausdruck zu geben, nochmals an Stegerwald geschrieben. Mir ist nicht bekannt, daß andere Gewerkschaftsführer irgendeiner christlichen Instanz Erklärungen bezüglich der Unterwerfung unter die Enzyklika gegeben haben. Auch eine Erklärung, daß Stegerwald die Enzyklika ohne eine befriedigende Interpretation nicht annehmen würde, ist vom Zeugen nicht abgegeben worden. Der Zeuge läßt sich sodann über die einzelnen Sätze der Interpretation aus. Er beobachtungspflicht, wie sie gegenüber christlichen Gewerkschaften den geistlichen Behörden durch die Enzyklika eingeräumt ist, besteht gegenüber allen übrigen Erklärungen des öffentlichen Lebens. Eine Ausdehnung im Bereiche zu der schon immer gültigen Beobachtungspflicht ist durch die Enzyklika nicht eingetretten. Selbstverständlich ist bei der Enzyklika die vorgeschriebene Beobachtungspflicht auf die Beobachtung des Verhaltens in einzelnen Fragen und gewerkschaftlichen Maßnahmen nicht ausgeschlossen. Doch ist es meines Erachtens nicht der Sinn der Enzyklika, daß die kirchlichen Instanzen gegenüber den einzelnen wirtschaftlichen Vorkäufen, bei denen Gerechtigkeit und Liebe in Frage kommen, beachtungspflichtig seien. Rechtsanwält Heine fragt: Wenn eine christliche Gewerkschaft in einem weiteren Kreise auftretenden Streit sich mit einer anderen Gewerkschaft, etwa dem alten Bergarbeiterverband, zusammenschließen würde, würde dann der Zeuge sich nach der Gewerkschaftsentscheidung nicht verpflichtet fühlen, die Forderungen der Arbeiter und die Art ihrer Durchführung daraufhin zu prüfen, ob sie mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Liebe und der Freiheit der Arbeitsbetätigung in Einklang stehen, und würde er, wenn das nicht der Fall wäre, sich zum Einschreiten verpflichtet fühlen? — Bischof Schulte: Eine Verpflichtung, Neutralität bei solchen großen Aktionen zu beobachten, erkenne ich an. Ob ich einzuschreiten hätte, käme auf den besonderen Fall an.

In der Verhandlung am 21. Dezember wird der Reichstagsabgeordnete Giesberts vernommen. Nach Veröffentlichung der Enzyklika habe man im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften beschlossen, dem einzuberufenden Essener Kongress die Sache so darzulegen, daß die Grundsätze der christlichen Gewerkschaften von der Enzyklika nicht berührt würden. Man habe die Besorgnis, daß die katholischen Arbeiter von dem Beitritt in die christlichen Gewerkschaften nun abgehalten würden. Der Vorstand habe beschlossen, unter allen Umständen, an der Selbständigkeit festzuhalten, selbst wenn es zum Konflikt kommen sollte. Stegerwald fügt hinzu, daß Giesberts nach dem Erscheinen der Enzyklika die Meinung vertreten habe, daß man, um geschlossen dazustehen, Zeit gewinnen müsse. Vorsitzender: Wenn Sie sagten, wir lassen uns in unsere

Sache nicht hineinreden, so hieß das doch: wir lassen uns von niemanden hineinreden? Der Zeuge gibt dies zu. Vorsitzender: Sie mußten doch aber damit rechnen, daß nach dem Wortlaut der Enzyklika geistliche Oberg in ihre Angelegenheiten doch hineinredeten. Zeuge: Die Enzyklika hatte es mit der Organisation als solcher nicht zu tun. Sie wandte sich nur an die katholischen Arbeiter. Rechtsanwält Heine: Der Wortlaut beschlief sich aber doch mit den christlichen Gewerkschaften, sagt, daß sie „gebildet“ würden, daß dagegen die Fachabteilungen empfohlen würden. War Ihnen denn das gleichgültig? Giesberts: Ich habe den Wortlaut der Enzyklika nicht im Kopfe. Sie wird ihm von Heine in ihren wesentlichen Teilen vorgehalten. Heine: Sie war also keineswegs freundlich und förderlich für Ihre Gewerkschaften. Hatten Sie keinen Anlaß, sich getroffen zu fühlen? Stegerwald fährt dazwischen und stellt die Sache so dar, daß es gewissermaßen unmöglich gewesen sei, sich mit der Enzyklika zu beschäftigen, da ja Katholiken und Protestanten zu ihren Mitgliedern gehörten. Rechtsanwält Schreiber beanstandet alle diese von Heine gestellten Fragen. So fördere man nicht den Prozeß, sondern sammle für die Gegenpartei Agitationsmaterial. Vorsitzender: Unter Anklage steht auch der Vorwurf der „Unehrlichkeit“ und des „Truges“ der Deffenlichkeit gegenüber. Diese Sachlage macht nach meiner Auffassung die Fragen des Herrn Verteidigers notwendig. Heine bezieht sich in weiteren Fragen auf eine Äußerung in einer Broschüre Giesberts, in der es heißt, daß die katholische Kirche, wenn sie ihren Arbeitern die Zusammenarbeit mit Coangelischen verbieten würde, in den christlichen Gewerkschaften „gehörjame Katholiken“ finden würde. Zeuge: Ich habe vorausgesehen, daß dieser Satz von Andersgläubigen mißverstanden werden würde. Wenn er im Zusammenhang gelesen wird, ist er einwandfrei. Wissen Sie, wie die Intervention der preussischen Regierung in Rom zugunsten der christlichen Gewerkschaften veranlaßt worden ist? Zeuge: Nein. Vorsitzender: Haben Sie mit einem Staatssekretär oder einem Zentrumsabgeordneten über die Sache gesprochen? Zeuge: In der Fraktion ist die Rede davon gewesen? Kenntnis über Einzelheiten habe ich nicht. — Vorsitzender: Es wird dann gesagt, daß trotz Ihrer Versicherung in Essen, die Enzyklika berühre Sie nicht, sich Ihre Gewerkschaftspolitik ihr doch angepaßt hätte. — Der Zeuge bestritt dies.

Der nächste Zeuge ist der Gewerkschaftssekretär Effert vom christlichen Bergarbeiterverbande. Er sagt aus, daß im Anschluß an die Enzyklika der Bischof von Trier ein Schreiben an die Dekane richtete und auf den Kanzeln verlesen ließ, in dem ihnen zur Pflicht gemacht wurde, alles zu tun, um die Arbeiter während der Bewegung an der Saar vom Streit abzuhalten. — Heine: Hat der Bergknappe nicht dieses Schreiben scharf angegriffen? Zeuge: Ja. Heine: Und der Bergknappe ist dann wieder von katholischer Seite scharf angegriffen worden. Zeuge bejaht dies. Heine: Und das Schreiben hatte dann die Wirkung, daß die christlichen Bergarbeiter von der Lohnbewegung im Saargebiet abprangen? Zeuge: Das kann ich nicht sagen. Heine: Dann möchte ich Ihnen sagen, daß das Schreiben des Bischofs vom 12. Dezember 1912 datiert, und daß am 4. Januar 1913 im Saarrevier ein Waffenstillstand geschlossen worden ist. — Zeuge: Ich habe jedenfalls erst später von dem Schreiben Kenntnis erhalten. Heine weist dem Zeugen Irrtümer in seiner Aussage nach.

Der nächste Zeuge, Landtagsabgeordneter Imbusch, will sich nicht der Enzyklika unterwerfen haben. Auch ihm ist nicht bekannt, wer die Intervention der preussischen Regierung zugunsten der christlichen Gewerkschaften veranlaßt hat. Der Zeuge bespricht dann unter scharfen Angriffen auf den Abgeordneten Hué die Vorgänge bei der letzten Reichstagswahl in Bochum, wo der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter für den Nationalliberalen eintrat. Allen Parteien gegenüber sind wir neutral, aber wir sind Gegner der Sozialdemokratie. Hier gibts keine Neutralität. Die Stimmung bei uns war: Hué muß fliegen unter allen Umständen. Darum haben wir uns schon bei der Hauptwahl bemüht, dahin zu wirken, daß die Nationalliberalen in die Stichwahl kamen und nicht wir. Nur so konnte Hué zu Fall gebracht werden. Auch im Wahlkreise sollte nach unserem Wunsche ein Nationalliberaler an Stelle des Sozialdemokraten gewählt werden. Dafür habe ich persönlich gewirkt. — Heine: Dann hat also das Zentrum sofort für die Nationalliberalen gestimmt? Zeuge: Die Reichstagswahl ist geheim und ich stand nicht dabei, als die Leute wählten. (Heiterkeit.) Der Zeuge schildert dann, daß ein gegenseitiges Abkommen getroffen worden sei. In Essen wurde das Zentrum unterstützt, wofür das Zentrum in Bochum und Duisburg für den Nationalliberalen eintrat. Es ergibt sich daraus, daß die Bearbeitung der Zentrumsvertrauensleute auf dem Zentralbureau der christlichen Gewerkschaften in Essen erfolgte.

In der Nachmittags-Sitzung wird der Kaufmann Roggendorf, der Geschäftsführer der Kölner Korrespondenz, vernommen. Er weiß nicht, ob sich die Gewerkschaftsführer der Enzyklika unterwerfen haben, ist aber dieser Meinung, weil sonst die Bischöfe hätten einschreiten müssen. Da aber diese nichts gegen die Gewerkschaften unternommen haben, so besteht die Annahme, daß die Herren alle Forderungen der Enzyklika erfüllt haben.

Dr. Kaufmann, der Leiter der Kölner Korrespondenz, sagt aus: Der Papst hat bestimmt, daß die katholischen Arbeiter nicht an, was den katholischen Prinzipien zuwiderläuft. Auch verlangt er, daß sich die christlichen Gewerkschaften den katholischen Arbeitervereinen anschließen und daß die Bischöfe darüber wachen. Hätten die Arbeiter dies nicht erfüllt, so wären die Bischöfe zweifellos eingeschritten. Aus der Rede des Herrn Stegerwald vom 3. März 1912 ziehe ich die gleiche Schlussfolgerung. Man wird natürlich von den christlichen Gewerkschaften eine positive Erklärung verlangt haben, aber man muß annehmen, daß sie mündliche Zusicherungen gegeben haben, die die Bischöfe beruhigen konnten. Diese werden ein wachsames Auge darauf haben, ob die Bedingungen der Enzyklika erfüllt werden. Auf Betragen erklärt Kaufmann, daß es im katholischen Deutschland zwei Stützpunkte gebe: den Zentrumsstreik und den Gewerkschaftsstreit. Stegerwalds Reden kann ich nicht anders bezeichnen als eine Kapitulation der christlichen Gewerkschaften. In katholischen Kreisen wird der Standpunkt vertreten, daß die christlichen Gewerkschaften tatsächlich katholische Gewerkschaften sind. Ich glaube, daß die christlichen Gewerkschaften sich in der Streittheorie gemauert haben, daß sie in dieser Richtung gebunden worden sind.

Das Bericht bezieht, Dr. Brauns (M. Gladbach) und den Abgeordneten Hué zu vernennen. Dann gibt Herr Rechtsanwalt Grundschötel eine Erklärung für den Angeklagten Pfarrer Mix ab: Dieser habe seinen Artikel unter dem Eindruck dessen, was die Kölner Korrespondenz und andere katholischen Blätter geschrieben, ver-

faßt. Er habe sich nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme entschieden, seine Behauptung mit dem Ausdruck des Bedauerns zu...
Dr. Brauns, der Direktor der Münchener-Glabbacher und des...
Nach der Vernehmung des Vorsitzenden des Hirsch-Dunders...

Die Angeklagten haben nur gesagt, sie hätten nicht aus-
drücklich den Vorwurf des Doppelspiels erheben wollen, aber das
Doppelspiel sei in anderer Form getrieben worden. Sie haben
geleigt, die Interpretation, die die Gewerkschaftsführer geäußert
hätten, sei zum Teil wertlos gewesen, weil sie nichts Neues
brachte, zum Teil aber direkt falsch. Es war nicht die Aufgabe
des Gerichts, festzustellen, was der Papst tatsächlich mit der
Enzyklika gewollt oder beabsichtigt hat. Es mag den Angeklagten
zugegeben werden, daß die Auslegung, die sie den Enzyklika
gaben, eine größere Wahrscheinlichkeit für sich
hat als die anderen Auslegungen. Es mag auch
sein, daß andere Leute, insbesondere der Bischof von Borm, Trier,
die Enzyklika anders auslegen und andere Anweisungen an ihre
Untergebenen erlassen haben als die christlichen Gewerkschafts-
führer. Darauf kommt es aber gar nicht an, denn um einem
unvermeidlichen Doppelspiel kann nur dann gesprochen werden, wenn
Siegerwald bewußt von der Unrichtigkeit seiner Interpretation
überzeugt war. Für die Annahme aber, daß dies der Fall war,
ist keinerlei Beweis erbracht worden. Siegerwald hätte ja ein
ganz raffiniertes und wohl ausgeklügeltes Spiel treiben müssen,
wenn er das getan hätte, und das haben die Angeklagten nicht
beweisen können. Siegerwald war beunruhigt durch die An-
griffe, die wegen der Enzyklika auf die christlichen Gewerkschaften
erfolgt waren, und der Bischof Dr. Schulte von Bederborn hat
ihn, weil er auch davon erfuhr, zu sich gebeten. Bischof Dr.
Schulte hat als Zeuge bekundet, daß Siegerwald ehrlich bestrebt
war bei seinem Versuch, aus diesen Schwierigkeiten herauszu-
kommen. Im übrigen hat das Gericht nicht für nötig gehalten,
auf alle die Erörterungen einzugehen, die im Anschluß an die
Enzyklika entstanden sind, es hatte sich lediglich mit dem Vorwurf
des Doppelspiels zu beschäftigen.

ten, daß solche positiven Nachrichten von reputierlichen Blättern
nicht ohne jede Unterlage aufgestellt würden. Deshalb ist den
Angeklagten, so merkwürdig es aussehen mag, bezüglich aller
Handlungen per gute Glaube zugebilligt worden. Aber die An-
geklagten haben sich nicht begnügt, diese Nachrichten weiter
zu geben, sondern sie haben mit verben Keulenschlägen auf ihre
Gegner losgeschlagen, indem sie von Judaslohn gesprochen haben.
Das Gericht hat andererseits bei den schweren Schimpfereien
berücksichtigt, daß dies vor einem Leserkreis vielleicht nicht so
schlimm war, der an derbe Ausdrücke gewöhnt ist, und es hat be-
rückichtigt, daß die Angeklagten einem scharfen Gegner gegen-
überstanden und deshalb Zartheit nicht notwendig war.
Die Urteilsgründe sind mit dem Urteil zu publizieren, und
zwar ebenso fett gedruckt, wie die Beleidigungen den Lesern auf-
gelesen wurden.
Wie die Begründung des Urteils zeigt, ist das Gericht des-
halb zu diesem Urteil gekommen, weil weder für den Vorwurf des
Doppelspiels, noch für die Behauptung, die christlichen Gewerkschaften
hätten sich durch Gehörpöden der rheinisch-westfälischen
Industriellen zu ihrem Verhalten bestimmen lassen, in der Gerichts-
verhandlung ein Beweis erbracht worden ist. Auf die verschiedenen
Interpretationen der päpstlichen Gewerkschafts-Enzyklika einzu-
gehen, hat aber das Gericht abgesehen. Es hat zwar angegeben,
daß die Auslegung, die unsere Genossen dieser Enzyklika gegeben
haben, eine „größere Wahrscheinlichkeit für sich hat“ als die Aus-
legung der Herren Siegerwald, Wiesbarts usw., und daß auch der
Bischof von Trier die betreffende Enzyklika anders interpretiert als
die christlichen Gewerkschaftsleiter; aber in einer Untersuchung dar-
über, welche Auffassung die richtigere sei, hat es sich nicht einge-
lassen, da es eine solche Untersuchung als nicht zu seinen Aufgaben
gehörend betrachtete.
Was wir einstweilen zu dem Prozeß zu bemerken hatten,
haben wir in der politischen Uebersicht der heutigen Nummer gesagt.

Fragen der Weltanschauung.

Von Julius Borchardt

Zimmer noch gibt es Leute, die ein Festhalten an der Religion
damit verteidigen, daß der Verzicht eine geistige Leere hinterlassen
würde. Das „religiöse Bedürfnis“ sei einmal bei den Massen vor-
handen, und wenn man schon, weil man den Glauben an Gott ver-
loren hat, nicht mehr bei der Kirchenreligion bleiben könne, so
müsse für irgend einen Ersatz gesorgt werden. „Etwas muß er
sein Eigen nennen, oder der Mensch wird morden und brennen.“
Es werden hier zwei oder sogar drei wichtige Dinge vergessen,
die in der Weihnachtszeit wohl mal einer Erörterung wert sind.
Wenn in der Politik „des Krieges Stürme schweigen“, wenn am
Jahreschluss jene kurze Ruhepause eintritt, wo nach alter Gewohn-
heit ein jeder äußerlich und innerlich gewissermaßen Inventur
macht, das heißt, sich Rechenschaft abzulegen versucht, ob und wie
er es im letzten Jahre weiter gebracht hat, dann dürften auch solche
rein geistigen Fragen interessieren.
Da ist zunächst jene sonderbare Verwechslung von Religion
und Kirche, auf die gar nicht oft genug hingewiesen werden
kann. Noch dieser Tage wurde in der deutschen Parteipresse ein
Artikel des Züricher Volksrecht nachgedruckt, der die Propaganda
für den Kirchenaustritt nur damit rechtfertigt, daß die Beteiligten
sic angeblich nicht in ihrer Eigenschaft als Sozialdemokraten
betreiben; außerhalb der Partei aber könne man ihnen die Befähig-
ung ihrer antireligiösen Ueberzeugung nicht verwehren, ebenso-
wenig wie man andersdenkenden Sozialdemokraten die Propaga-
nda zu Gunsten der Kirche außerhalb der Partei verwehren
könne. Wir sind darüber denn doch ganz anderer Ansicht und
würden den für einen sonderbaren Sozialdemokraten halten, der
etwa für den Beitritt zur Kirche agitieren wollte. Das hat aber
mit Religion nicht das mindeste zu tun. Sagt doch das Volks-
recht selbst im weiteren Verlauf seines Artikels:
„Gerade die preussische Landeskirche sieht eine ihrer Haupt-
aufgaben darin, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Im kirch-
lichen Jugendunterricht, in der Christenlehre, in Vereinen und
Versammlungen, ja direkt von der Kanzel herab wird Tag für
Tag und Sonntag für Sonntag das Volk vor der Sozialdemo-

Das Urteil wurde Montag, den 22. Dezember, abends 9 Uhr,
verlesen. Es lautete: Redakteur Wagner von der Bergar-
beiter-Zeitung 200 Mark, Redakteur Soltmann von der
Rheinischen Zeitung 50 Mark, Redakteur Kleefoot von der
Pfälzischen Post 300 Mark, Redakteur Peterson vom Ham-
burger Echo 450 Mark, Redakteur Schädlich von der Völk-
der Volkszeitung 500 Mark, Redakteur Steinbüchel von der
Sünder Arbeiter-Zeitung 250 Mark, Redakteur Puchta
von der Frankfurter Volkszeitung 500 Mark, Redakteur
Dittler von der Frankfurter Volkszeitung 500 Mark, Re-
dakteur Krieg vom Verbandorgan der Brauerei-
arbeiter 200 Mark und Redakteur Niendorf von der Tabak-
arbeiter-Zeitung 450 Mark Geldstrafe.

Die Verurteilung erfolgte auf Grund der Paragraphen 185
und 186 des Reichsstrafgesetzbuches und des Paragraph 20 des
Preussisches.

Zur Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus:
Die christlichen Gewerkschaftsführer sollen einmal nach den
Behauptungen der Angeklagten ein abgekartetes Doppelspiel bei
der Enzyklika getrieben haben, indem sie im Widerspruch zu ihren
Erklärungen auf dem Offener Gewerkschaftstages vorher den
Bischöfen eine Erklärung abgegeben hätten, die nicht vereinbar
gewesen sei mit ihrem Standpunkt in Offen. In dieser Beziehung
ist keinerlei Beweis erbracht worden, von dieser Bestätigung
ist in der ganzen Verhandlung nichts übrig geblieben. Ein
solcher Vorwurf wäre nicht nur ehrenrührig für Siegerwald und
die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, son-
dern er richtet sich auch gegen die evangelischen Mitglieder,
denn es wird gesprochen von den Wiesb., Schiffer, Siegerwald,
Wöhrens und Konforten.

Der dritte und schwerste Vorwurf ist der ausgesprochene
Verdacht, daß die christlichen Gewerkschaftsführer selbst einen
Judaslohn genommen hätten. Die Angeklagten haben gesagt,
der Vorwurf sei nicht persönlich gemeint, man habe sagen wollen,
das Geld sei in die Kassen der christlichen Gewerkschaften ge-
flossen. Von jedem unbefangenen Leser können aber die Artikel
gar nicht anders verstanden werden, als daß dieser schmächtige
Vorwurf gegen die christlichen Gewerkschaftsführer erhoben
werde. Ein Beweis für ihn ist aber nicht erbracht. Das Gericht
hat sich gefragt, ob es nicht bei diesem Vorwurf verkehrterweise
Beleidigung annehmen sollte; es hat dies verneint, weil eine
scharfe Feindschaft zwischen beiden Lagern besteht, und dann,
weil eine Reihe von Artikeln vorliegen, aus denen die Angeklagten
den Schluß ziehen können, daß so etwas möglich sei.
Das Gericht hat also nicht angenommen, daß die Angeklagten
sich auch diese Behauptung direkt aus den Fingern gesaugt haben.

Die Angeklagten haben den Schutz des Paragraphen 193
für sich in Anspruch genommen, das Gericht hat ihn lediglich dem
Angeklagten Wagner in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied
des Deutschen Bergarbeiterverbandes zugebilligt. In übrigen
geht aus der Form der Artikel hervor, daß es den Angeklagten
nicht darauf ankam, berechtigten Interessen wahrzunehmen, sondern
dem Gegner eins auszuwichen. Daß der Streit nicht absolut
von der Enzyklika herbeikommt, ergibt sich nach Ansicht des Ge-
richts schon aus der Enzyklika selbst. Es ist selbstverständlich,
daß die Bischöfe den Papst unterrichten haben werden über die
Stellung der christlichen Gewerkschaften zum Streit. Es wäre
ein Monstrum, daß der Papst die christlichen Gewerkschaften erlau-
ben und den Streit verbieten sollte. Es mag aber zugegeben
werden, daß die Kirche und vor allem der Papst dem Streit nicht
günstig gesinnt sind. Dies ist aber für die Frage, inwiefern ein
Doppelspiel nachgewiesen ist, gleichgültig.
Für das Strafmaß ist wesentlich, daß die Angeklagten die
Behauptungen nicht selbst aufgestellt, sondern in anderen, und
zwar reputierlichen Blättern gefunden haben und annehmen durf-

Kleines Feuilleton.

Winter.

Sätze von Gustav Schröder.

Zum Winter herab kam die Kälte gekrochen. Zoll um Zoll
rückte sie ihre Branden weiter und See und Land erfrorren unter
ihrem eiligen Hauch. Der Schnee geistete sich ihr bei und breitete
sein weißes Tuch über Höhe und Ebene. Dann nahm der Sturm
Kälte und Schnee auf seine Schwingen und trug sie weit fort, den
Graubergen und Wilderten nach, die gen Süden gestülct waren.
Im tiefen Bergen tanzen die drei durch die Städte und Dörfer der
Wenster. Die Kälte ließ das Wasser des Stromes erstarren,
nahm dem Schauer mann am Hofen die Arbeit und trieb den
Maurer vom Bau. Schwarze, trockene Kristalle warf der Schnee
aus seinem Schoß. Vieh sie willig dem Sturm, der die Blüten
um die spizen Giebel und die altersgrauen Kathedralen peitschte,
boshaft den Leuten ganze Hände voll des weißen Badens in die
Augen warf und Strahe und Stieg verwehte. Im dünnen Koal-
duntere mannh müde gehegtes Proletarierweib, in dessen Gesicht für
der, der gute Augen besch und keinen Stein in der Brust trug,
eine ganze Geschichte von Hunger und Liebe, Helbermut und Verz-
weiflung geschrieben stand. Die drei Gesellen aus dem Nordland
waren schon wieder ein Ende weiter und die armen Weiber wußten
wenn sie nach Hause kämen, würden Kälte und Sturm und Schnee
um ihre Wohnungen streifen. ... in die Häuten der Armut, wo der
Geldbeutel mager ist und Holz und Kohlen knapp sind, suchen die
Halbholde am liebsten heim.

Winter. Da drängen sich viele Hunderte arbeitsloser Männer
vor den Ausgabestellen der großen Zeitungen. Die Stunde erwar-
tend, in der die Notationsmaschine die bedruckten Bögen in den
Expeditionsraum wirft. Gehern standen die Armeen um die gleiche
Stunde hier und morgen werden sie wieder stehen. Für einen, der
gebraucht wird, bieten sich kühnig an mit dem flackernden Bild der
Wölfe, in deren Eingeweiden der Hunger wählt. Und der Chef
weiß des und hat die Wahl. Es ist ja Winter. ... Die junge
Frau des Lokomotivführers schmeigt sich seit an den Garten, wenn
dieser im Dämmern der Abendstunde von ihr Abschied nimmt.
Die Sängende kennt die Arbeit des Lokomotivführers. Der manch-
mal in voller Fahrt auf die Maschine hinausklettern muß, wo die
Triebwerke verzett sind und die Hände am kalten Eisen erstarren.
Sie weiß, der Tod lauert auf der Strecke. ... Winter, da
schleicht es nachts durch schneuen Schrittes um das einsame Heidegehöft.

hat dem niemand im Hause Ohren? Zwei verumminte Gestalten
steigen über die Planke. Nur schlecht gesichert ist der Schweine-
stoben. Ein Vieh flamm auf. Dann ein dumpfer Arttschlag und
ein ersticktes Stutzen. Am Morgen findet der Bauer statt des
Schweines eine Blutlache und einen hauen Därme. Der Hunger
leht flecken. Das in der Winter. ...

Aber der Winter hat noch ein zweites Gesicht. Wie schön ist
er, wenn du mit der Liebsten im Schlitten durch den verschneiten
Zimmerwald fährst! Die Glöckchen klingen und die Pferde
schneuben. Im Feld und Deden vernummt sitzt sie ca deiner Seite,
tolgen Angesichts. Dort springt ein Hase hinter dem Baum hervor
und flücht über den Waldweg ins Gebüsch. Jetzt fährt der
Schlitten eine Weile am Rande der Forst entlang und ihr seht die
rote Sonnenkette am Horizont der Schneelandschaft verglühn.
Noch kurze Zeit, dann seid ihr zu Hause, wo der gedeckte Tisch und
die warme Embe eurer harten und auf dem Ofen Bratäpfel
schmoren. Dann sitzt ihr auf dem Sofa beisammen und macht
Pläne, wie ihr ever Nest einrichten werdet und wohin ihr eure
Sohzheitsreise unternehmen wollt. Im Kamin knistert Reijig und
draußen singt der Sturm ein Lied von der Schönheit des Win-
ters.

Auch für den ist der Winter schön, der behäbig mit vollem
Magen und im warmen Mantel, die Zigarre im Munde, durch die
Straßen wandeln kann. Und nicht minder für den, der im bunten
Glitter des Maskentanzes dahinsiegt. Auch dann ist der Winter
schön, wenn im getäfelten Zimmer ein paar liebe Freunde beim
dampfenden Glase Punsch Rede und Gegentrede tauschen. Ach,
noch bei hundert andern Gelegenheiten ist der Winter schön! Frei-
lich, ich vergaß: Den Kindern der Armut wird solch ein Winter
nicht.

Einjt und jetzt.

Der Fall Zabern hat ein helles Licht auf die militärischen
Zustände geworfen und mancher, der sich bislang noch ein einiger-
maßen günstigeres Urteil über den Militarismus bewahrt hat, wird
es in diesen Tagen gründlichst revidiert haben. Nun tramt ein
Leser der Frankfurter Zeitung eine kleine Erinnerung aus, die wohl
gerichtet ist, noch mehr Licht über die militärische Gewaltherrschaft
in Deutschland zu verbreiten, indem sie zeigt, wie ganz anders es
einstens war.
„Es ist schon lange her“, so beginnt der Artikelschreiber der
Frankfurter Zeitung und schafft durch diese paar Worte bereits die
nötige Distanz zwischen jenem Erlebnis und den jetzigen Verhält-
nissen. In der sozialdemokratischen Pfälzischen Post stand damals
Aufsehenregendes über Soldatenmishandlungen in einem bayeri-
schen Regiment. Es handelte sich hauptsächlich um sogenannte
Klopfgewerkschaft bei den Rekruten und um sonstige außerdienst-

liche Brutalitäten der Vorgesetzten vom Gefreiten bis zum Leutnant.
Der Artikelschreiber fährt nun fort:

„Aber welcher gewaltiger Unterschied in der Auffassung über
„Disziplinbruch“ und „militärisches Geheimnis“ bei der damaligen
bayerischen Militärbehörde, vom Hauptmann aufwärts bis zum
Kriegsminister Freiherrn von Uch und den Zaberner „Gerechten“
bis zum preussischen Kriegsminister Freiherrn von Falkenhayn!
Freiherr von Uch hat damals in der bayerischen Kammer strengste
Untersuchung und Bestrafung der Prügelhelden zugesichert und ge-
rechtlich durchgeführt. Kein Wort hörte man damals von einer
Untersuchung gegen die „Disziplinbrecher“, gegen diejenigen, die die
Vorkommission der Pfälzischen Post übermittelt hatten. Aber auch
bei der Untersuchung der Sache selbst wurde auf diese Seite der
Ermittlung gar kein Gewicht gelegt. Einen „Disziplinbruch“ der
mishandelten Soldaten gab es nicht.“

Nach erfolgter Voruntersuchung verammelte der Major des
Bataillons die Mannschaften der betreffenden Kompagnien im
Exerzierhause. Vor uns standen die Unteroffiziere der Kom-
pagnien, die Prügelhelden gesondert für sich, in der Mitte des
Kreises, den wir gebildet hatten, der Major mit den übrigen
Offizieren, vom Hauptmann bis zum jüngsten Leutnant. Zunächst
mußte der Adjutant den Artikel von Anfang bis zu Ende verlesen.
Dann begann der Major eine grimmige Rede gegen Soldaten-
mishandlungen zu halten, wie sie besser noch in keinem Parla-
mente gehalten worden ist. Ich sehe ihn heute noch, bebend vor
Erregung ausrufen: „Ihr tragt des Königs Rock, den Ehrenrock,
und wehe dem der euch beleidigt oder gar euch mishandelt!“ Und
an die prügelnden Unteroffiziere und Gefreiten gerichtet, fuhr er also
los: „Ehrenmänner wollt ihr sein?! Räuber seid ihr — Wege-
lagerer, die wehrlose Menschen im Schlaf überfallen, feige, frau-
rige Kerle seid ihr! Hui Teufel über ein solche Gesellschaft! Ich
reiß euch eure Treisen und Knöpfe vom Kragen! Des Königs
Rock habt ihr geschändet! Ihr verdient ihn nicht zu tragen!“ Und
so gings weiter. Dann sagte er: „Aus dem Zeitungsartikel geht
hervor, daß ihr eure Klagen in Briefen an eure Eltern und Ange-
hörige mitgeteilt habt. Hiergegen habe ich nichts einzuwenden. Eure
Eltern und Angehörigen sollen wissen, wie es euch in der Kaserne
ergeht. Hier soll es nur rechtchaffen und ordentlich zugehen. Das
ganze Volk soll wissen, wie es beim Militär zugeht.“

Und die „Disziplinbrecher“? Von einem Rekruten wurde be-
kannt, daß er mit dem Redakteur der Pfälzischen Post qu. befreund-
et war und dieser ihn des öfters in der Garnison besuchte. Im
Verhör bestritt dieser Rekrut, der Artikelschreiber zu sein, gab aber
unummunden zu, mit dem Redakteur vor dem Erscheinen des
Artikels über dessen Inhalt gesprochen und die Vorkommission be-
stätigt zu haben. Bei einer Scharfvisitation wurden einzelne
Stücke der Zeitung gefunden. Die Untersuchung ergab, daß dem
Rekruten die Zeitung in einem Briefe zugesandt worden war. Er
hatte sie, ohne sie zu lesen, zerrissen und in den Ofen geworfen, aus
dem andere Rekruten sie hervorholten und sie dann stückweise zu-
sammenfügten. Der visitierende Hauptmann erkannte an, daß der
Empfänger durchaus korrekt gehandelt habe. Es wurde auch nicht
einmal der Versuch einer Strafverfolgung des Soldaten unter-

tratie gewarnt, wird die sozialdemokratische Partei als eine Gefahr für das Vaterland, für Religion und Sittlichkeit gebrandmarkt, werden die Führer der Sozialdemokratie als gewöhnliche Verführer gebrandmarkt und die Arbeitermassen, die ihnen folgen, als bedauernde Opfer dieser Verführung bemitleidet.

Nun also! Dies alles zeigt doch deutlich, daß die Kirche eine Organisation ist, die einen wichtigen Teil ihrer Aufgabe in der Bekämpfung unserer Bestrebungen sieht. Ein Machtfaktor des Klassenstaates, ein Werkzeug und eine Stütze der Klassenherrschaft ist die Kirche. Und aus die sem Grunde darf ihr kein Sozialdemokrat angehören, genau so wenig, wie ein Sozialdemokrat etwa der konservativen Partei angehören darf. Die Bekämpfung der Kirche, die Propaganda für den Austritt ist also Parteifache, und gerade das ist auch der Sinn unserer Programmforderung: „Erklärung der Religion zur Privatsache.“ Die Kirche ist es, die die Religion zu einer Staats Einrichtung gemacht hat und sie dadurch zur Niederhaltung der Arbeiterklasse benützt. Die Kirche mußten wir also aufs äußerste bekämpfen, wir mußten die Religion zur Privatsache machen, in die der Staat nichts dreinzureden hat, um der Kirche die Möglichkeit solcher Benutzung der Religion zu nehmen. Der Religion gegenüber bleiben wir neutral, die Kirche aber ist unser Feind.

Nun hat das jedoch noch nicht das mindeste mit der Weltanschauung zu tun. Man kann ein Feind der Kirche und darum doch streng religiös sein. Ja, wenn man bedenkt, daß zum Beispiel die christliche Religion zu einem wesentlichen Teil soziale Gebote aufstellt, den Reichtum verdammt usw. und daß die christliche Kirche von heute diesen Teil der christlichen Lehren einfach umgedeutet und bei Seite geschoben hat; daß sie, anstatt nach Christi Gebot den Reichtum zu bekämpfen, eine Stütze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geworden ist — wenn man das bedenkt, dann müßte eigentlich jeder wahre Christ aus der Kirche austreten. Aber mit Religion, mit Weltanschauung hat das noch nichts zu tun. Religion ist der Glaube an Gott. Wie steht es denn nun mit der „geistigen Beere“, die angeblich zurückbleiben soll, wenn man diesen Glauben verliert?

Da läßt sich denn doch für den tiefer denkenden und ernst sittlichen Menschen nicht verkennen, daß die von der Religion befohlene Sittlichkeit nur eine äußerliche ist. Nicht weil es das Gute ist, soll der Mensch das Gute tun, nicht weil es das Böse ist, soll er es lassen, sondern beides aus Furcht vor Gott. Hoffnung auf Belohnung und Furcht vor Strafe sind es, die den Menschen zur sittlichen Tat anhalten sollen. Das meinen ja auch die Verteidiger der Religion, wenn sie sagen: Mit dem Glauben an Gott gehe dem Menschen der sittliche Gehalt verloren. Allerdings, wer nur aus Furcht vor Strafe das Böse unterläßt, der wird sich alsbald im Pfuhl der Sünde wälzen, wenn er an keinen rächenden und strafenden Gott mehr glaubt. Und daß es so gemeint ist, darüber dürfte wohl kein Zweifel sein. Schon unsere ganz kleinen Kinder lernen in der Schule:

„Ich will stets artig sein und fromm,
Damit ich in den Himmel komm!“

Der Zweck, die Belohnung ist die Hauptsache! Oder man lese den Roman „Aus Vadis“ des polnischen Dichters Henryk Sienkiewicz, der von vorn bis hinten eine Verherrlichung der sittlichen Kraft des Christentums ist. Standhaft, ohne Murren, freudig sogar ertragen die christlichen Märtyrer zur Zeit Neros die grauenvollsten Qualen. Aber warum? Weil sie fest überzeugt sind, daß sie zum Lohne dafür alsbald in die Freuden der ewigen Seligkeit eingehen werden. Es gelingen die wunderbaren Bekehrungen. Der Mann, der sein ganzes Leben in Heimtücke und Bosheit verbrocht, der durch widerträglichen Verrat und Verleumdung die Marterung der Christen angezettelt hat, bricht zusammen, als ihm sein an den Pfahl gebundenes Opfer, dem schon die Flamme um den nackten Leib züngelt, im Angesichte des Todes alles Böse vergibt. Aber warum verzeiht der eine? Weil er fest überzeugt ist, daß er sich sonst um die ewige Seligkeit bringt. Und warum bricht der andere zusammen, ladet sich den Haß Neros und die ausgeputzten Folterqualen auf? Weil ihn die entsetzliche Angst erfaßt, daß er sonst nach seinem Tode noch viel fürchterlichere

Qualen erleiden müssen, und das die ganze Ewigkeit hindurch. Wir sind der Meinung, daß dem sittlich vorwärts strebenden und ernst ringenden Menschen diese Sittenlehre auf die Dauer nicht genügen kann. Gerade sie muß eine geistige Beere erzeugen, einen Mangel an Befriedigung, die Sehnsucht nach etwas Besserem und Höherem. Das sittliche Ideal des modernen Menschen ist, daß dem Einzelnen die Begriffe von Recht und Unrecht, von Gut und Böse sozusagen in Fleisch und Blut übergehen, zur zweiten Natur werden sollen, daß er danach handelt, ohne langes Bedenken und Schwanken, besonders aber ohne Rücksicht auf eigene Vorteile.

Dieses Ideal ist heute bei weitem nicht erfüllt; noch sehr weit sind wir davon entfernt. Aber das allein ist schon ein Beweis dafür, daß die Religion nicht imstande war, es zu verwirklichen. Denn Jahrtausende lang hat sie die Welt beherrscht. Das macht: solche Dinge lassen sich überhaupt nicht mit äußeren Mitteln erzwingen, weder mit der religiösen Verheißung von Lohn und Strafe im Jenseits, noch mit den Befehlen des Staates, die dasselbe schon im Diesseits tun. Ihre sittliche Gewohnheit muß von innen heraus geboren werden. Und das wird sie, wenn man, anstatt mit äußerlichen Drohungen zu arbeiten, der Natur des „Unrechts“, der Natur des „Bösen“ auf den Grund geht. Da erkennt man nämlich, daß nicht nur die Begriffe dessen, was gut und böse, was recht und unrecht sei, sehr schwankend sind, sondern daß sie sich auch mit der Zeit verändern. Was in früheren Zeiten für edel galt, wird heute verabscheut, und umgekehrt. Besonders aber ist es keine natürliche Anlage, die den Menschen dazu treibt, anderen Böses zuzufügen, sondern das hat allemal seine Gründe in den Umständen und Zuständen, in denen die Menschen leben. Und damit erwachen dann sozialistische Erkenntnisse und sozialistische Ideale. Nicht den Menschen Moral predigen gilt es, nicht sie zu schrecken oder wecken mit Trohungen und Verheißungen, sondern die Zustände und Umstände zu ändern, in denen sie leben und aus denen das Böse erwächst. Diese Erkenntnisse gibt uns die frohe Zuversicht, daß es anders, besser werden wird in der Welt, und diese Ideale reichen vollkommen aus, um die Religion zu ersetzen und keine „geistige Beere“ auskommen zu lassen.

Aus Westpreußen.

Danzig.

Die Ortskrankenkasse unter der Diktatur!

Schneller, als man es für möglich halten sollte, hat der liberale Danziger Magistrat, resp. sein Versicherungsamt, die neue Ortskrankenkasse unter seine Zwangsverwaltung gestellt. Wir haben mitgeteilt, daß die Wahl des Vorstehenden nicht zu einer Einigung der Arbeitgeber und Versicherten im Vorstand führte. Die Unternehmer forderten, entgegen der auf der Selbstverwaltung beruhenden Grundlage des Gesetzes, den Vorstehenden für sich. Rechtsanwalt Fabian erhielt aber in beiden Wahlgängen nicht die Mehrheit der beiden Gruppen. Nun hatte das Versicherungsamt, wenn sich die beiden Gruppen nicht doch noch einigen, einen Vorstehenden auf Kosten der Kasse zu bestellen. In dieser Situation griff Oberbürgermeister Scholz in das Verfahren ein. Auf seine Veranlassung wurde ausgerechnet, daß der Vorstand abgelehnte Fabian angefragt, ob er sich zum Vorstand der Kasse befehlen lassen wollte. Ein anderes Mitglied des Vorstandes kam für den Oberbürgermeister nicht in Frage! Er wollte mit Gewalt den Konflikt und die unverhüllte Diktatur! Deshalb wurde der Stadtrat Dumont zum Vorstehenden ernannt. Derselbe, der sich gleich in der ersten Ausschusssitzung so einführte, daß er allgemeinen Widerspruch fand. Sein Antrag, durch den er für Dienstboten auch bei arbeitsfähiger Krankheit stets die Einweisung ins Krankenhaus wollte, fand einstimmige Ablehnung. Und gerade dieser Herr soll das Regiment über den Vorstand und die Kasse auf deren Rechnung führen! Glücklicherweise wird dadurch das Bestimmungsrecht des Vorstandes nicht eingeschränkt. Wie sich aber die Dinge bei diesen persönlichen Verhältnissen praktisch gestalten

der Fabrikanlage vernichtet wurden. Vier Feuerwehrleute wurden bei den Löscharbeiten durch herabfallende Trümmer verletzt.

Doppelselbstmord eines betrügerischen Ehepaares. In einem Gasthause des Ortes Raimude bei Iphoe erhängte sich ein Ehepaar. Es wurde festgestellt, daß es sich um den Gastwirt Wende und seine Frau aus Hamburg handelt, die vor einigen Tagen geflohen waren, nachdem der Mann aus der Kasse eines in seinem Lokal verkehrenden Sportklubs mehrere tausend Mark geraubt hatte.

Falschmünzer in Haft. In dem westfälischen Orte Dahl bei Iserlohn wurde auf dem Dachboden einer Schmiedewerkstatt eine große Falschmünzerei entdeckt. Der Inhaber namens Käseberg wurde verhaftet. Neben der gesamten Einrichtung wurden große Mengen falschen Geldes beschlagnahmt. Käseberg hatte in der Hauptsache falsche Zweimarkstücke in Westfalen und am Niederrhein im Umlauf gebracht. Man nimmt an, daß er Komplizen hat.

8000 Tonnen Zucker verbrannt. In Georgetown in Britisch-Guyana hat ein Feuer sechs Häuserblöcke zerstört und in den Gebäuden der Temeraragelgesellschaft einen Schaden von 400 000 Dollars angerichtet. 8000 Tonnen Zucker sind vernichtet worden.

Grubenunglück im sibirischen Rußland. Wie ein Telegramm aus Wladimiroff meldet, wütete in einem ausgebeuteten Schacht der Kohlengruben von Ark seit acht Tagen ein Feuer. Der Brand ist jetzt auf einen Schacht übergesprungen, in dem bei Ausbruch des Feuers 50 Mann arbeiteten. Wahrscheinlich sind alle Arbeiter umgekommen.

Entmordung zweier Franzosen im Stillen Ozean. Nach einem dem französischen Kolonialministerium zugegangenen Telegramm des Gouverneurs von Neu-Caledonien wurde ein französischer Anflieger namens Heroran und noch ein anderer französischer Staatsangehöriger, die sich auf den Neuen Hebriden eingeschifft hatten, am 10. November von der Mannschaft des Dampfers niedergemetzelt. Die Mörder wurden festgenommen und nach Port Villa, der Hauptstadt der Neuen Hebriden, gebracht. Der Rädelshörer wurde zum Tode verurteilt.

Raubmord an einem norwegischen Fabrikbesitzer. In der Nähe von Christiania wurde ein Raubmord verübt. Der Schokoladenfabrikant Asstheim fuhr mit einem Wagen nach seinem in der Nähe Christianias gelegenen Gut Dester-Åker, etwa sechs Kilometer von der Stadt entfernt. Auf dem Wege wurde er von Banditen überfallen, durch einen Schuß in den Kopf getötet und beraubt. Das Pferd lief mit der Leiche auf dem Wagen bis zum Gut, wo man den Mord entdeckte. Die Täter müssen gewußt haben, daß Asstheim eine größere Summe bei sich trug. Es fehlt von ihnen jede Spur.

Weihnachtsfälle. In Frankreich, der italienischen Riviera und in Tirol sind vielfach Verkehrsstörungen infolge Frost und Schneeeintritts eingetreten; auch Menschenleben sind der Kälte zum Opfer gefallen.

müssen, ist unschwer vorauszusehen. Die Verantwortung dafür fällt in voller Schwere auf den Magistrat, der diese Bräsklerung abstillen gewollt hat. Die Dauer der Vormundschaft hängt wenigstens nicht von dem Magistrat ab. Sobald sich der Vorstand über die Wahl eines Vorstehenden verständigt, muß der Diktator gehen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Gedenket der Hausangestellten!

Der Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands, der seit dem Jahre 1909 besteht, ersucht euch um Hilfe und Unterstützung. Er ist die zuständige Organisation für alle Dienstmädchen, Köchinnen, Allein-, Klein- und Kinderdamechen, für Diener, und auch für die Wäscher, Putz- und Reinmachefrauen.

Tausend dieser doppelt und dreifach Beknechteten haben bereits Schutz und Schirm in unserer Organisation gesucht, aber Hunderttausende stehen noch draußen und müssen noch gewonnen werden und dabei sollt ihr uns helfen. Denn eure Töchter, Schwestern, Bräute oder Frauen sind es, die ihr an ihre Pflicht gemahnen müßt, unsern Schutz und Trutzbündnis beizutreten.

Am schlimmsten geknechtet und am schlechtesten entlohnt werden die Mädchen, die vom Lande in die Stadt ziehen, die hier die Verhältnisse nicht kennen, keine Verwandten hier haben und dann nicht selten noch um ihren sauer verdienten Lohn betrogen werden.

Für alle möglichen Dinge macht die Herrschaft den Mädchen Abzüge, behält auch oft genug den ganzen Lohn ein. All diesen Bequälten will der Verband Freund und Helfer sein.

Viele hundert Mark sind den organisierten Mädchen durch das Eingreifen des Verbandes, der seinen Mitgliedern Rechtschutz gewährt, bereits gerettet, viele überlassen durch Rücksprache der örtlichen Verbandsleitungen mit den Herrschaften aus der Welt geschafft worden. Ja, schon das Befehlen des Verbandes und die Mitgliedschaft des einzelnen Mädchens bedeutete ein wesentliches Schutzes für sie, weil die Herrschaften die Veröffentlichung der Mißstände fürchten.

Auch in Krankheitsfällen steht der Verband seinen Mitgliedern helfend zur Seite.

Bei einem Monatsbeitrag von 50 Pfennig, wofür das Mitglied alle Rechte des Verbandes erwirbt, wofür es auch die Zeitung erhält, wird ihm nach einjähriger Mitgliedschaft 3 Mark pro Woche auf die Dauer von sechs Wochen, nach zweijähriger Mitgliedschaft 3,50 Mark pro Woche auf die Dauer von sechs Wochen als Krankunterstützung gewährt.

Der Verband ist also für die Hausangestellten Schutz und Schirm, Berater und Helfer. Er ist aber auch bemüht, die Hausangestellten mit dem Geist der modernen Arbeiterbewegung zu erfüllen, damit sie heute im Verband, in nächster Zeit, wenn sie gehiretet haben, als Frauen der Arbeiter, diesen als Kampfgenossinnen zur Seite stehen.

Wenn ihr also unsere Bestrebungen unterstützt, indem ihr uns eure Verwandten zuführt, unterstützt ihr gleichzeitig die Gesamtarbeiterbewegung.

Unser Appell an eure Solidarität wird deshalb, das hoffen wir bestimmt, kein vergeblicher sein.

Mädchen und Frauen, die dem Verbands beitreten wollen, mögen sich melden im Zentralbureau Berlin SO 16, Engelauer 21, 3 Tr., oder bei folgender Ortsgruppe: Danzig-Langfuhr, Neuschottland 7 c, 2 Tr., bei Dora Unterhalt.

Städtische Jubelfeier.

Trotz des großen Schmerzes, mit dem der Magistrat für sämtliche Danziger wegen des Unzuges des Kronprinzen geringen hat, rüßtet er zu einem unumgänglich notwendigen Jubiläum.

Am 2. Januar will er im Friedrich-Wilhelm-Schützenhause die Erinnerung an die vor 100 Jahren erfolgte Befreiung Danzigs durch die Russen für Preußen feierlich begehen. Die Kunde des ruhmvollen Tages soll eine Denkschrift vorherbringen, die mit reichem Bilderreichtum versehen sein wird.

Die Bilder hatten auch wir für sehr nützlich. Die preussische Freiheit, die Danzig erhalten hat, läßt sich dadurch am besten veranschaulichen. So zum Beispiel müßte es einfach großartig wirken, wenn das Titelblatt durch das noch immer zugenagelte städtische Zeughaus geschmückt würde. Wirkamer kann die preussische Freiheit nicht gekennzeichnet werden. Wenn dazu noch der Mayoring, der noch heute handgreiflich an die belagerte Stadt erinnert, dargestellt wird, so wird die Begeisterung über die Befreiung nicht zu hemmen sein. Dann muß doch jeder Danziger einsehen, daß die arme Stadt noch heute für diese Befreiung wie der Löwe im Käfig büßen muß. Der in Magdeburg historisch geschulte Oberbürgermeister Scholz wird trotzdem und trotz seiner Mächtigkeit schon die richtige vorgezeichnete und höheren Orts gern gefundene Freiheitsbegeisterung in seine Festsprache zu kriegen wissen.

Hebräen soll diese Befreiung auch von der Polizei, aber gesondert, gefeiert werden.

Auf der Kaiserlichen Werts ist in der Winkelschmiede neben dem Werkstattobersteher Hoffmann ein neuer Stern im Erstrahen begriffen. Es ist der Hilfsverführer Hüffert. Mit dem ersten haben wir uns schon wiederholt ob seiner Unfreundlichkeit gegen die Arbeiter beschwerten müssen. Heute etwas von seinem Kollegen Hüffert. Als dieser seinen Dienst in der Winkelschmiede antrat, glaubten viele Arbeiter, daß nun das Arbeitsverhältnis etwas erträglicher sein würde. Doch bald folgte die Enttäuschung. Die Akkordpraktiken, die in manchen Abteilungen der Kaiserlichen Werts nachgerade ein Skandal sind, bleiben in der Winkelschmiede, wie sie waren. Hüffert liebt es, den Arbeitern bei Übernahme des Akkordes gut zuzureden, daß sie den Akkordvertrag unterzeichnen, indem er erklärt: „Wenn Sie sich gut dranhaken, können Sie gut verdienen.“ Obwohl die Arbeiter nach allen Regeln der Kunst versuchen, die Arbeit in möglichst kurzer Zeit fertigzustellen, wird selten ein Akkordüberschuß erzielt. Dagegen ist es nicht selten, daß die Arbeiter, weil sie keinen Überschuß herauswirtschaften können, der Faulheit geziehen werden. Wollte die Werts gerecht sein, dann sollte sie Hüffert die Arbeit anfertigen lassen. Darüber ist sich die Mehrzahl der Winkelschmiede klar, daß der Herr bestimmt unter dem Lohn bleiben dürfte. Wie „groß“ der Akkordüberschuß ist, ergeben die Lohnzettel von Arbeitern, die schon jahrelang dort beschäftigt und mit der Arbeit völlig vertraut sind. Aus der Fülle greifen wir nur einige heraus. Da stehen für die volle Löhnung 30 Pfennige, 40 Pfennige, 50 Pfennige, sogar 25 Pfennige Akkordverdienst verzeichnet. Angesichts solcher Zustände ist eine Verbesserung der Akkorde dringend erforderlich. Familienväter werden besonders schwer getroffen. Der kahle Lohn läßt sie das Elend nicht bannen, sondern drückt die Familien immer tiefer herab. Den Arbeitern wird angesichts der Feiertage scharf ins Gedächtnis eingepreßt, daß der Friede auf Erden und das Wohlgefallen für alle Menschenkinder wohl für die Gratifikationsempfänger, aber nicht für die Arbeiter zutrifft, welche die Werte schaffen. Oder will man den Proleten auf diese Weise den Patriotismus erhalten? Dann Glück zu! Es leben unsere Freunde, die Feinde!

Nah und Fern.

Schwere Opfer der Nordsee. Nach den jetzt vorliegenden eingehenden Meldungen hat die letzte Sturmperiode im Gebiet der Elbmündung und Nordsee ungewöhnlich schwere Menschenopfer gefordert. Es haben, soweit das diesseitige Seegebiet beziehungsweise die von und nach der Elbe fahrenden Dampfer in Frage kommen, 52 Seeleute den Tod in den Fluten gefunden. Dabei können diese Zahlen auf Vollständigkeit leider auch noch keinen Anspruch machen. So ist zum Beispiel das Schiffsunglück immer noch nicht aufgeklärt, von dem zwei Schiffsbrüchige bei Büsum ans Land geworfen worden sind. Einer dieser Schiffsbrüchigen war anscheinend eben vorher gestorben, während der andere noch lebte, aber auch bald darauf, ohne wieder vernunftfähig geworden zu sein, starb. Ungewöhnlich groß ist der Materialschaden, der von dieser Sturmperiode angerichtet worden ist, denn es ist kaum eins der Schiffe, die während dieser Stürme auf See unterwegs waren, unbeschädigt geblieben.

Die Niedermehelung einer deutschen Forschungs-Expedition. Auf Neu-Mecklenburg, einer der deutschen Südssee-Inseln, ist der auf einer Expedition befindliche Oberförster Deiminger nebst seinem deutschen Begleiter und vierzehn eingeborenen Dienern von Kanakern getötet worden. Der Stamm zu dem die Mörder gehören, ist als besonders gefährlich, seine Angehörigen stehen auf der tiefsten Stufe der Intelligenz, sie huldigen noch heute der Menschenfresserei. Der ermordete Deiminger stammt aus Oberfranken und stand seit 1905 in den Diensten des Reichs-Kolonialamts. Bei der Kolonialverwaltung ist bis jetzt eine amtliche Bestätigung der Vorgänge noch nicht eingelaufen, man hat aber nur geringe Hoffnungen darauf, daß die Nachricht falsch sein könnte.

Automobilunglück. Ein Automobil, in dem sich mehrere Mitglieder der Aristokratie befanden, stürzte in der Umgegend von Madrid um. Von den Insassen wurde einer getötet, vier wurden verletzt, darunter einer tödlich. Zwei der Verletzten sind Enkel von Doret.

Vier Feuerwehrleute beim Fabrikbrand verunglückt. In den Wessendorfer Farbenfabriken Anton Driehs entstand ein Großfeuer, wodurch das ganze Farbenlager mit großen Vorräten und Teile

Berichtliches.

Die Justiz im Junkergebiet.

Der Kammerherr Freiherr von Bethheim hat in der Umgebung von Berlin, im Kreise Niederbarnim, große Terrains und Jagdgründe. Auf einem der Bethheim'schen Güter in Stolpe war der Förster Eduard Große einige Jahre lang tätig. Mit diesem Manne hatte sich die dritte Strafkammer des Landgerichts 3 Berlin zu beschäftigen. Die Anklage gegen ihn lautete auf Verleitung zum Meineid und auf Fälschung. Die Verhandlung brachte sonderbare Zustände an den Tag, die noch weiter Gegenstand von Gerichtsverhandlungen sein werden und vielleicht auch im Parlament noch zur Sprache gebracht werden dürften.

Seit einigen Jahren mehren sich die Fälle, in denen bei den Polizeibehörden im Kreise Niederbarnim Beschwerden über die Behandlung des Publikums durch die Bethheim'schen Forstbeamten einlaufen. Aus diesen Anzeigen ging hervor, daß häufig harmlose Spaziergänger in den Bethheim'schen Forsten von Personen in Försteruniform angehalten und mißhandelt worden waren. Mehrere Anzeigen richteten sich gegen die Förster Große und Rohrbeck. Große wurde daraufhin wegen gefährlicher Körperverletzung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, in der Berufungsinstanz aber freigesprochen, da der Architekt Eugen Schneider bekundet hatte, er sei an dem fraglichen Tage mit dem Angeklagten zusammen gewesen. Nachträglich stellte sich heraus, daß Schneider einen Meineid geteilt hatte, zu dem er von Große verleitet worden war. Außerdem hatte sich der Angeklagte Große wegen Verleitung des stellvertretenden Amtsvorstehers Rehm in Schönfließ zu verantworten. Er hatte nämlich öffentlich in Lokalen behauptet, daß er sich zugunsten des Herrn von Bethheim der Begünstigung und ferner des Meineids und anderer Straftaten schuldig gemacht habe. In der Verhandlung am Dienstag machte nun der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Liebnicht geltend und stellte unter Beweis, daß in dem von Bethheim'schen Jagdbrevier es üblich gewesen sei, gegen die Personen Anzeigen zu erstatten, die von den Forstbeamten mißhandelt und sogar angeschossen wurden. Hatten diese Personen selbst Anzeige erstattet, so wurden diese Anzeigen sofort der Forstbeamten mitgeteilt, damit diese dann Gegenanzeige erstatten konnten, die einige Tage vorantritt wurde. Hierdurch sei herbeigeführt worden, daß die Staatsanwaltschaft die mißhandelten Leute auf die Anklagebank brachte und die Förster als Zeugen auftreten konnten.

Die Beweisaufnahme ergab, daß der in dem Bureau des Amtsvorstehers Rehm angestellte Zeuge Kindt in einem Falle eine Anzeige eines Bethheim'schen Forstbeamten mit einem falschen Datum versehen hatte. In einem andern Falle hatte Rehm eine gegen den Oberleutnant Josias von Bethheim, dem Sohn des Kammerherrn von Bethheim, erstattete Anzeige wegen Körperverletzung einfach beiseite gelegt. In einer früheren Verhandlung gegen den Förster Rohrbeck, die mit Freisprechung endete, hatte Rehm unter Eid erklärt, daß Rohrbeck nicht als Täter in Frage kommen könne. Tat-

sächlich hat sich aber, wie die Beweisaufnahme ergab, später herausgestellt, daß Rohrbeck und der Oberleutnant von Bethheim, wie auch Rehm, sich einig gegeben hätten, als Täter in Frage zu kommen. Es wird deshalb auch noch gegen Rohrbeck das Wiederaufnahmeverfahren wegen Körperverletzung eingeleitet werden. Das Verfahren gegen den Oberleutnant wird der Militärbehörde überwiesen werden. Schließlich kam in der Verhandlung, in der etwa 60 Zeugen vernommen wurden, durch den Verteidiger noch zur Sprache, daß in einem Schreiben an das Gericht der zuständige Landrat des Kreises Niederbarnim gebeten habe, das Verfahren möge beschleunigt werden und es möge auf eine möglichst hohe Bestrafung des Angeklagten hingewirkt werden. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Zuchthausstrafe von 3 Jahren und 3 Monaten und 5 Jahre Ehrverlust. Das Urteil lautete wegen Verleitung zum Meineid und wegen Verleitung des Amtsvorstehers auf 2 Jahre 2 Monate Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. Zwei Monate Gefängnis werden als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet.

Ein Nachtwächter vorläufig dem Feuertod überliefert.

Mit Petroleum begossen und angezündet wurde in der Nacht zum 1. September auf dem Gute Schreibersdorf (Neidenburg) der Nachtwächter Mureczyn, der am andern Tage an den entsetzten Brandwunden im Krankenhaus starb. Unter der Anklage, diese Rohheit verübt zu haben, hatten sich Donnerstag die galizischen Arbeiter Roman Tymczio und Michael Danyko vor dem Allensteiner Schwurgericht zu verantworten. In der zwölfstündigen Verhandlung wurde folgendes festgestellt: In der Nacht zum 1. September, als der Verwalter des Gutes Schreibersdorf vor seiner Wohnung stand, ließ plötzlich, in Flammen gehüllt und schreiend: „Sie haben mich verbrannt“, der Nachtwächter Mureczyn auf den Gutshof. Auf die Frage, wer ihn mit Petroleum begossen und angezündet habe, antwortete der Nachtwächter: „Roman hat es getan.“ Während er im Bett gewesen wäre, seien zwei Männer in den Stall gestürzt, von denen der eine, den er als den Roman erkannt habe, die Laterne ergriff, ihn mit dem in dieser befindlichen Petroleum begoss, anzündete und mit den Worten: „Jetzt laß der alte Kerl verbrennen“, den Stall verließ. Unter „Roman“ war Roman Tymczio gemeint. Die Beschuldigung wiederholte der Nachtwächter auch noch mehrmals. Er wurde noch in der selben Nacht nach Soldau in das Krankenhaus geschafft, wo er nach einigen Stunden starb. Tymczio leugnete, verächtliche jedoch seinen Mitarbeiter Michael Danyko der Tat mit der Begründung, daß D. auf den Nachtwächter M. feindselig gesinnt war und gegen diesen wiederholt Drohungen ausgesprochen habe. Roman Tymczio wurde für schuldig befunden, dagegen die Schuldfrage bezüglich des Danyko verneint; dieser mußte freigesprochen werden. Das Urteil gegen Tymczio lautete auf zehn Jahre Zuchthaus.

Eine Zierde der Armee. Das Kriegsgericht der 16. Division in Trier verurteilte den Unteroffizier Beutler vom 69. Infanterie-

regiment wegen schwerer Körperverletzung zu fünf Monaten Gefängnis.

Der Anklage lag ein so brutaler Rohheitsakt zugrunde, daß der Urteil als außerordentlich milde bezeichnet werden muß, um mehr, als nicht auf Degradation erkannt wurde. In der Nacht zum 16. Oktober kam ein Feldwebel desselben Regiments von einer Feste, als er an einem städtischen Straßentor vorbeikam, soll ihn dieser „Spinner“ zugerufen haben. Der Feldwebel verfehlte ihm dafür ein paar kräftige Ohrfeigen. Da kam der Angeklagte hinzu und ohne jeden Anlaß fiel er über den Mann, einen jungen schwächlichen Menschen her, zog sein Seltengewehr und bearbeitete ihn der rohsten Weise. Selbst als der Mißhandelte am Boden lag, hieb er unbarbarisch auf ihn ein, bis ein anderer Feldwebel hinzukam und den Angeklagten mit folgenden Worten von dem D. abtrahnte:

„Schämen Sie sich denn nicht, Sie roher Patron, auf diese wehrlosen, schwächlichen Menschen so einzuhauen!“

Der Verlethte hatte neun Wunden davongetragen und war vier Wochen arbeitsunfähig.

Humor und Satire.

Im Garten. Die Großmutter (empört): „O, diese ungezogenen Rangen! Da hatte mein Schwiegerjohn aus meinen angelegten Sachen eine Bogelscheuche fabriziert, jetzt haben sie die Kinder noch obendrein mit einer Photographie versehen.“

Sein Beruf. Gefängnisdirektor (zum neu eingelieferten Sträfling): „Womit wollen sie sich beschäftigen?“ — Sträfling (in g. Wechselstücker): „Zeigen Sie mir Ihre Unterschrift, und ich unterzeichne alle Aktenstücke für Sie.“

Relieberichte. „Es war schrecklich in diesem Nest,“ erzählt Oskar, „kein Zimmer war zu bekommen. Schließlich mußte ich eins nehmen, das war so klein, daß ich mich nicht umdrehen, geschweige denn einen Schritt machen konnte!“ — „Das ist noch gar nichts,“ berichtete Emil, „mein Zimmer war noch kleiner. Mein Ohr blieb sogar stehen, weil sie keinen Platz zum Gehen hatte!“



Steckenpferd-Seife

die beste Lilienmilch-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul, für zarte weiße Haut und blendend schönen Teint, à Stück 50 Pfg. Überall zu haben.

Danziger Hut-Centrale

Lawendelgasse 9 b, neben Hotel de Stolp empfiehlt zu billigen Preisen für Herren und Knaben

Hüte, Mützen, Schirme, Stöcke, Trikotagen, Lederwaren sowie sämtl. Berufskleidung.

Auf Straße Lawendelgasse 9 b bitte zu achten. 171

Oskar Schützmann

Destillation und Likörfabrik

Tischlergasse No. 67

Grogrum.

Käse-Offerte.

Tilsiter Käse Vollfett, alt und pikant pr. Pfd. 60 u. 70 S.

Schweizer Käse etwas beschädigt p. Pfd. 70 u. 80 S.

nach außerhalb in Postpaketen billiger, empfehle! 1279

Paul Peters, Breitgasse Nr. 38.

J. W. Hohmann

Danzig, Pfefferstadt 53

empfiehlt

Limetta.

Einzig empfehlenswertes und bekömmliches alkoholfreies Getränk für Nerven-, Rheumatismus, Magen- u. Lungen-Leidende.

Waldmeister-Extrakt

vorzügliches alkoholfreies Erfrischungs-Getränk, ferner

alkoholfreie Liköre, Punsche und Weine.

314

Bitte nicht übersehen!

E. Hirsch

Spezialgeschäft für Herrenartikel

Altst. Graben 78 und Schmiedegasse 7 empfiehlt

Hüte, Mützen, Trikotagen, Schirme, Stöcke, Lederwaren sowie sämtl. Berufs-Kleidung

in nur reellen Qualitäten zu bekannt billigen Preisen. 1170

E. Hirsch, Altst. Graben 78 (Eck) u. Schmiedegasse 7.

Carl Steinbrück

Altst. Graben 92

Telefon 650

Eisenwaren

Eiserne Oefen

Emallirte Schilder. 1332

Biehbesitzer

verwenden jetzt alle mit Erfolg den glänzend bewährten, phosphorhaltigen Futtermittel

„Prämin“

aus der chem. Fabrik Voss & Co. Frankfurt a. M. „Prämin“ ist gefällig geschmakt u. Nachahmung wird bestraft.

Zu haben in:

Ohra bei Gustav Flucht, Bäcker

St. Albrecht bei Edwin Kunze, Bäckerei.

Obst und Südfrüchte

billig

Danzig, Hanstor 7.

Empfehle mein

Fleisch- u. Wurstwarengeschäft

H. Pfeifer, 143

St. Katharinenkirchensteig Nr. 11.9

R. Kowalewski, Nachf.

Elbing, Heiligegeiststr. 16, „Zum Lachs“

Fabrik feinsten Liköre :: Weingroßhandlung

offeriert zum Neujahrsfeste seine aus den besten Bestandteilen hergestellten

Punische

als:

- Punsch-Royal
- Burgunder-Punsch
- Schlummer- 75
- Kaiser- 75
- Ananas- 75
- Schwedischer 75
- Alkoholfreier 75

Alkoholfreie Getränke.

Fabrik für alkoholfreie Getränke

von E. Ehlert Nachfolger

Schidlitz.

M. Lettau, Breitgasse 48.

Danziger Aktien-Bier.

Brotfabriken.



Sinalko

Albert Krefz.

Danziger Brotfabrik

G. m. b. H., Kolkowgasse 15

Blaue Schilder kenn. die Niederl.

Bäckereien.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen. Erscheint wöchentlich einmal.

Chr. Schatz, Ohra. Teleph. 450.

Barbier- und Friseur.

Barbier- und Frisier-Salon

Kurt Bartsch

Paradiesgasse 4.

Bierbrauereien.

M. Laube, Ohra

Kurz-, Weiss-, Wollwaren.

Destillation, Liköre.

F. Berner. Kolonialwaren.

Spandhaus-Neugasse 10-11.

Oscar Schützmann, Tischlergasse 67

ff. Liköre, Rum und Cognak.

Fahrräder, Nähmaschinen.

Herren-Artikel.

Hut-Haus London

Nur II. Damm 10.

Three Shillings-Hat

Nur Portedaisengasse 7/8.

Herren-Garderoben.

Kaufhäuser.

Sally Bieber, Stadtgebel Nr. 46

Manufaktur-, Kurz- u. Schuhwaren sowie sämtl. Arbeitergarderob.

Kobien, Holz, Erikkets.

Danziger Brotfabrik

G. m. b. H., Kolkowgasse 15.

Kolonial- u. Materialwaren

Danziger Aktien-Bierbrauerei.

Jahresumsatz ca. 100 000 Hl.

Fahrräder und Zubehörteile

Carl Sielaff, Ohra

Grammophone und Platten.

Arbeiterbekleidung Maßanfertigung Herrenartikel

S. Lazarus

Org. Lang. u. f. Lang. u. f.

Goldene Lange Hösche.

Konfektionshaus für Arbeitergarderoben

J. Kuhn, Schlüsselgasse Nr. 56.

A. Hagedorn, Wallgasse Nr. 25.

O. E. Schimmelmann vorm. PRANTZ Schlüsselgasse 32

Mehl, Hülsenfrüchte etc.

Meiereien

Sämtl. Meierei-Artikel

J. Krzykowski

Erst. Paradiesgasse 6.

Möbelmagazine.

Das Möbel-Magazin von

Fr. Lesinski, Langjuhr

Kastanienweg 5 a

ist bei der Arbeiterschaft die beliebteste Bezugsquelle aller Sorten Möbel. Bequeme Zahlungsbeding.

Transportgeschäfte.

Roll-Fahren

werden billig ausgelohnt

A. Hagedorn, Wallgasse 25.

Uhren- und Goldwaren.

Restaurants.

Maurerherberge

Schüsselgasse 28

Verkehrslokal d. freien Gewerkschaften.

Schirm-Geschäfte.

Schirm-Reparatur- u. aub. schnell und billig

E. u. B. Schlachter

Heil. Geistgasse 141, a. Holzmarkt.

Schnupftabak-Fabriken.

Uhren- und Goldwaren

J. S. Lewy Nachf., Danzig

Breitgasse 28, Ecke Goldschmiedegasse

Zigarrengeschäfte.

Cigarren-Import

M. Schwabe

Danzig, Paradiesgasse 6/7.

Russische und türkische Zigaretten Rauch-, Kau- und Schnupftabak.

Organisierte Arbeiter kaufen bei

Eugen Sellin, Schlüsselgasse 38.

Tabak, Zigarren Zigaretten

Schuhwaren.

August Wilke

Langjuhr, Hauptstrasse.

Billigste Bezugsquelle für reelle Schuhwaren.

Eigene Reparatur-Werkstatt.

L. Schönbach

II. Damm 6, Heilige Geistgasse 26

Großes Lager großer Schuhwaren

Arbeitskleidung, Reparaturwerkstätten.

Tabak, Zigarren Zigaretten

A. KRAUSE

Danzig Rammkau 18.

J. Noetzel, Paradiesg. 32

empfiehlt seine vorzüglichen Zigarren-Spezialmarken.

Hubert Lönke, Schlüsselgasse Nr. 29.

Zigarren, Zigaretten.

Diese Nummer umfasst 12 Seiten und Die Neue Welt.

Aus Westpreußen.

Danzig.

Genosse Malskies verläßt am 1. Januar Danzig. Er tritt in Königsberg eine Stellung als Privatbeamter an. Matthias Malskies — der Name ist den Gegnern unbekannt. Und auch außerhalb des Kreises der tätigen Genossen kennen ihn nicht viele. Malskies ist einer derjenigen, die ihre Pflicht still und unbedröhen erfüllen, ohne davon viel Aufhebens zu machen. Jahre hindurch hat Malskies als Kassierer die Geschäfte der Danziger Parteiorganisation geführt und dem Provinzvorstande der sozialdemokratischen Partei Westpreußens angehört. Weil er jedoch kein Redner war, drang der Ruf seiner Tätigkeit nicht in weitere Kreise. Jetzt, da Malskies von uns geht, würden wir unserer Pflicht nicht genügen, sprächen wir nicht an dieser Stelle aus, daß in seiner Person ein opferwillig arbeitender Genosse aus der Danziger Bewegung scheidet. Gerade der Genossen, die die Mühen der Kleinarbeit auf sich nehmen, können wir in dieser Zeit weniger denn je enttaten. Es wird schwer sein, für Matthias Malskies Ersatz zu finden.

Einschleppung russischer Arbeiter im Hafen.

Einer der berühmtesten „Tarifverträge“, den es überhaupt geben dürfte, ist der, den der Zentrumsagitor Krause mit der Speditionsfirma Wieler & Hardtmann im Juli 1912 abgeschlossen hat. Danach sind die Arbeiter sogar verpflichtet, Kautions zu stellen, damit die Firma sie auf alle Fälle als gefügige Arbeitswillige gebrauchen kann. Es ist sehr begreiflich, wenn die Firma mit einer „Organisation“, die solchen „Verträgen“ zustimmt, kein Federlesen macht. Chef dieser Firma ist der Kommerzienrat Wieler, der neuerdings zum Stadtrat gewählt wurde. Er ist nationalliberal und ein begeisterter Verehrer des polenfeindlichen Teufelskums. Dieser Patriotismus hielt ihn aber nicht davon ab, in jedem Jahre russische Arbeiter zu beziehen. Diese Saison einführ will die Firma jetzt, ausgerechnet während der ungewöhnlich starken Arbeitslosigkeit, zur ständigen Einrichtung machen. Sie hat bereits 60 Russen nach Neufahrwasser gebracht, die den braunen Christen dauernde Konkurrenz machen sollen. Das ist für den unübertrefflichen Strategen Krause sehr unangenehm. Er hat nun am 23. Dezember im St. Josefsbause in Neufahrwasser eine Versammlung abgehalten und dort eine Resolution beschließen lassen. Darin wird bedauert, daß die Unterredung, die Krause am 17. Dezember mit dem Vertreter der Firma, Meerwald, hatte, ergebnislos geblieben ist. Das Vorgehen der Firma wird als „Provokation“ aufs entschiedenste verurteilt. Es wird als Umgehung des bestehenden Vertrags und Verstoß gegen die guten Sitten verurteilt, durch den alleingeführte Arbeiter um Lohn und Brot gebracht werden sollen. Schließlich wird die Firma um die Mittelung ersucht, was sie zur Abänderung des beklagten Zustandes unternehmen wird.

Dieser Heldennut wird der Firma, die den Krause schon einmal vor die Tür gesetzt hat, gewallig imponieren. Dieser hat es nicht einmal für nötig gehalten, dem freien Transportarbeiter-Verbande von der schwarzen Aktion auch nur Mitteilung zu machen! Dieselben Schwarzen schimpfen aber wie die Rohrspäßen über Vergewaltigung usw., wenn ihnen selbst bei einem Beteiligten nicht volle Mitbestimmung eingeräumt wird.

Die Danziger Zeitung hat von der Firma volle Bestätigung ihres provokatorischen Vorgehens erhalten. Natürlich hat das Leitblatt der Hirsch-Dumreicher gegen diese Art liberaler Arbeiterfreundlichkeit nichts einzumenden.

Schwarze Giftmischer.

Es war einfach selbstverständlich, daß das jesuitische Westpreussische Volksblatt seine sittlich-religiöse Unübertrefflichkeit zu Weihnachten in besonderer Weise bezeugen mußte. Es bringt im Leitartikel der Weihnachtsnummer ein salbungsvolles Bekenntnis zur ewigen Wahrheit und Liebe. Schon auf der anderen Seite des Papiers, auf dem diese Phrasen, mit denen die zentriale Brotwucherei sich selbst ins Gesicht schlägt, gedruckt sind, zeigt ein Artikel Gimpelewski der Sozialdemokratie die jesuitische Praxis der Wahrhaftigkeit und Liebe.

Es wird darauf „aufmerksam gemacht“, daß unsere Genossen den Westpreussischen Volkskale in der verbreiten. Schon durch diesen Titel soll die „Vermutung“ gefördert werden, daß der Kalender von dem Pharisäerblatt herausgegeben ist. Diese harmlose „Vermutung“ spricht so sehr für sich selbst, daß wir uns eine Antwort darauf schenken.

Aus dem Inhalt des Kalenders wird benörgelt, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht nach dem Stande, den sie jetzt einnehmen, sondern nach ihrem früher erlernten Berufe aufgeführt sind. Wegen dieser christlichen Intoleranz setzen sich hoffentlich die schwarzen Agitatoren mit ihrem Leiborgan selbst auseinander. Sie werden dadurch doch am ersten getroffen und — gewürdigt!

Noch tiefer schmerzte es aber die weihnachtlich gestimmten Rinnemundeute, daß der Kalender neben dem „atheistischen Streben“ der Sozialdemokratie und „ihrem Rückgange“ nichts von den „Durchbrennern ihrer Kassenverwalter“ sagt.

Das ist die zentriale Liebe, wie sie lebt und leidet. Das jesuitische Blatt zerfchmettert mit Vorliebe diejenigen, die eine pfäffliche Schandtat dem Zentrum anhängen. Dann spricht es tiefgefränkt von allgemein menschlichen Vergehen, die nur schuftige Denunzianten einer Partei anhängen können. Und nun wieder diese perfide Niederträchtigkeit, die den „geistigen Kampf“ des Zentrums auf seiner erhabensten Höhe zeigt. Dabei sollte das Blatt doch schon vorsichtiger sein, wenn es nur an die sehr lange Liste zentrialester Ehrenmänner, Meineidspsaffen und geistlicher Kinderhändler denkt. Wir können doch schließlich nicht tagtäglich an die mönchische Mörderbande von Czernostochau und die ihr gleichartigen Zentrumsleuchten erinnern.

Verhärtete Arbeiterfeindlichkeit.

Dr. John, der Syndikus des Verbandes ostdeutscher Industrieller, hat bis heute noch nicht auf seine Abfertigung durch Herrn Dr. Schmitz geantwortet. Sicher nicht etwa deshalb, weil er nicht wollte, sondern einfach, weil er es nicht konnte. Trohdem ist er in seinem öffentlichen Auftreten nicht bescheidener geworden. Auch sein Scharfmacher-Verband legt offensichtlich keinen Wert darauf, ihn

mehr oder weniger ramponiert für den heiligen Profit fechten zu lassen.

Man kann aber wenigstens nicht sagen, daß die Sache, die der Syndikus vertritt, besser ist als ihr Verteidiger. Neuerdings ist dem nationalliberalen Herrn sogar der ihm politisch seelenverwandte Kommerzienrat Münsterberg ein Dorn im Auge. Seine Abneigung gegen die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit verdeckte der börsenfeindliche Renommiersozialist in der letzten Stadtverordnetenversammlung hinter einige hohle Phrasen, deren öde Leere auch das ahnungsloseste Kind erkennen mußte. So meinte Münsterberg, er sei mit drei Viertel aller Deutschen darin einig, daß die Versicherung unbedingt kommen müsse. Wahrscheinlich besüchtete er, daß diese Hoffnung sich so schnell erfüllen könnte und stimmte deshalb mit allen seinen Freunden gegen die Versicherung.

Trohdem nimmt der Dr. John das Wort für die Tat. Er versichert gegenüber Münsterberg in einem Eingeladent der Neuesten Nachrichten seines Parteigenossen Fuhs, daß die Mehrheit der Deutschen die Reichs-Arbeitslosenversicherung schon aus grundsätzlichen Bedenken verwerfe. Dagegen sprächen auch noch „viele sonstige Gründe“, von denen er aber keinen einzigen nennt.

Wie man sieht, scheut Dr. John jetzt doch die Beweisführung und beschränkt sich vorsichtig auf — Prophezeiungen. Diese unterhaltliche Arbeit teilt er mit den weisen Damen, die die Zukunft aus dem Kaffeesatz und den Karten enthüllen. Man braucht sich also darüber nicht aufzuregen. Dr. John läuft dabei auch nicht Gefahr, wieder so heimgeschickt zu werden, wie es ihm bei der Rettung der durch die Sozialpolitik vernichteten Industrie widerfahren ist. Schließlich sollte ein mit dem Doktorhut geschmückter Industriegerichter aber doch höheren Ehrgeiz haben, auch wenn es sich für ihn nur um die Befundung schrankenloser Arbeiterfeindlichkeit handelt. Doch das soll nicht unsere Sorge sein. Das werden seine Arbeitgeber mit ihm abmachen müssen. Uns kann es nur freuen, wenn sich die Sachwalter der Ausbeuter selbst für banterott erklären.

Achtung, Mitglieder der freien Hilfskassen!

Die Reichsversicherungsordnung tritt am 1. Januar 1914 auch mit den Bestimmungen in Kraft, die die Krankenversicherung regeln. Das neue Recht erschwerte die Existenz der eingeschriebenen Hilfskrankenstellen sehr, daß die meisten es vorzogen, sich in bloße Zuschußkassen umzuwandeln.

Es blieb nun zweifelhaft, wie sich die Mitglieder dieser Kasse verhalten mußten, deren neues Statut noch nicht bestätigt ist. Diese Frage ist nun geklärt. Der Minister für Handel und Gewerbe hat am 6. Dezember eine Verfügung erlassen, die sich sehr zweckmäßig und durchaus im Interesse der Mitglieder entscheidet. Der Minister erklärt, daß die Mitglieder bis zur Bestätigung des neuen Statuts von der Zugehörigkeit zur Ortskrankenkasse befreit bleiben. Die Arbeitgeber dürfen sie weder zur Pflichtkasse anmelden, noch Beiträge an diese für sie leisten.

Hiernach sind zum Beispiel auch die Mitglieder der Kranken- und Sterbekasse Die treue Selbsthilfe vorläufig auch noch weiter, ganz in der bisherigen Weise, von der Zugehörigkeit zur geschlichen Ortskrankenkasse befreit. Sie haben dadurch den Vorteil, daß sie nicht die Beiträge beider Kassen zahlen dürfen. Bis zur Bestätigung des neuen Statuts genügt ihre alte Kasse allein. Später können sie sich dann ohne Druck entschließen, ob sie neben der Versicherung in der Ortskrankenkasse die Mitgliedschaft der Zuschußkasse zu herabgesetzten Beiträgen aufrecht erhalten wollen.

Da die meisten Arbeitgeber der Meinung sind, daß sie nach dem 1. Januar sämtliche Beschäftigten zur neuen Ortskrankenkasse anmelden müssen, so tun die beteiligten Hilfskassenmitglieder, um sich vor Schaden zu schützen, gut, auf die vorstehend erwähnte Ministerialverordnung aufmerksam zu machen.

Karows neuer Durchfall. Seit der einstige Landtagsabgeordnete Karow, ein geschworener Feind des Wahlrechts und sozialer Hilfe, von den Wählern davon angefangen wurde, erhofft er einen Stadtratsstuhl im Rathaus. Dieser soll zugleich die vertragsgemäße Besoldung der Schwarzblauen für die Beteiligung am antizionaldemokratischen Kommunalblock sein. Die Liberalen jögern aber mit der Zahlung. Schon einmal fiel Karow bei der Wahl zum Stadtrat scheußlich durch.

Am 19. Dezember sollten die Stadtverordneten für den verstorbenen Dreierich einen neuen Stadtrat wählen. Der Wahlausgang hatte auch mit Stimmgleichheit den nationalliberalen Kommerzienrat Wieler und den Karow vorgeschlagen. Obwohl die Schwarzblauen 32 Vertreter zählten, bekam Karow aber nur 24 Stimmen, 28 fielen dagegen auf Wieler, 2 auf den schwarzen Herzog und 1 auf Dr. Lievin. In der Stichwahl erfüllte sich dann Karows Gesicht zum zweiten Male. Mit nur 21 gegen 34 Stimmen rasselte er wieder mit Geföse durch. Seine eigenen Freunde hatten ihm neben seinen liberalen Blockbrüdern den Todesstoß gegeben. Die schwarzblaue Harmonie hatte sich wieder glänzend bewährt. Schließlich ist es ja auch völlig gleichgültig, ob die Dreiklassigen einen großkapitalistischen Scharfmacher oder einen zentrumskonservativen Volkshasser zur Förderung ihres Wohles bestimmen.

Weihnachtsfeier der Freien Turnerschaft. Die freien Turner hatten bei ihrer am ersten Feiertag im Bürgergarten abgehaltenen Weihnachtsfeier guten Besuch zu verzeichnen. Sie hatten sich aber auch anerkennenswerte Mühe gegeben, um ihren Gästen angenehme Unterhaltung zu bieten. Gute musikalische Vorträge durchschlochten das ganze Programm. Eine Ansprache und ein von einer Dame gut gesprochener Prolog führten in den Charakter des Festes ein. Das lebende Bild: Die Turnerei, war gut gestellt und fand vielen Beifall. Besondere Anerkennung verdienen die turnerischen Leistungen der Vereinsmitglieder. Die Vorführungen am Barren zeigten sogar Ausgeszeichnetes. Die Leistungen zweier ausgesuchter Kräfte an den römischen Ringen und am Trapez überraschten durch ihre Exaktheit. Die Freiübungen einer Damenriege zeigten, daß die Turnerschaft kein Gebiet des Turnens vernachlässigt.

Eine kleine Verwandlungsszene, Rahe genannt, war sehr gut gemeint, entsprach diesem Titel aber doch etwas mehr als beachtenswert und gut war. Dafür gelang das humoristische Bühnenspiel: Rein, diese Turner! sehr gut.

Eine humoristische Saalpost, Marzipanverwürfelung und schließlich fröhlicher Tanz, sorgten für weitere Unterhaltung.

Besonders in turnerischer Hinsicht hat sich die Freie Turnerschaft bei diesem Fest so bewährt, daß wir aus voller Ueberzeugung wünschen, es möchten noch sehr viele Arbeiter und auch Frauen sich ihr anschließen und dadurch die harmonische Ausbildung und Kräftigung ihres Körpers fördern.

Mitternächtliges. Am Sonnabend, den 20. Dezember, abends, nahm der Kronprinz Abschied vom Offizierkorps der Leibhusaren. Wie das so geschah, ergab sich die gesamte bürgerliche Presse in erschütternd romantischen Schilderungen. Etwa 50 Offiziere waren im Kasino versammelt gewesen. Das Essen sei schon gegen 10 Uhr abends beendet worden. Dann ging den Berichten zufolge anscheinend der sogenannte fidele Teil los. Während desselben kam der Leutnant Freiherr von dem Bollenberg mit seinem Gaul in den Saal geritten und sprach ein selbstverfaßtes Abschiedsgedicht.

Gegen 10 Uhr rückten 300 Husaren mit Fackeln auf und bildeten in der Hauptstraße Spalier bis zur Wohnung des Kronprinzen. Gegen 11 Uhr entzündeten sie die Fackeln. Aber bis Mitternacht mußten die Soldaten in dem eifigen Nachwinde vergeblich warten. Endlich, nach 12 Uhr, fuhr der Kronprinz im Sechsspänner ab. Drei Leutnants, darunter Prinz Friedrich Karl, schwangen sich auf die Wagenpferde. In der Hauptstraße empfing die Regimentskapelle die dahinsprengende Kavalkade mit einem wichtigen Kürassiermarsch. Die Offiziere trugen schließlich den Scheiden aus dem Wagen in seine Villa. Während dessen hatten die Musiker fortgesetzt die Einwohner in der Nachtruhe gestört. Schließlich wurde die Retraite und dann der Choral: Ich bete an die Macht der Liebe gespielt; es folgte dann noch: Ich halt' einen Kameraden. Erst gegen 1 Uhr war Schluss.

Gewöhnliche Sterbliche können sich eine solche Abschiedsfeier nicht leisten.

Der Jugendatmanach für 1914 ist erschienen und zum Vorzugspreis von 25 Pfennig im Parteisekretariat, Dominikswall 8, Hinterhaus, 1 Treppe, zu haben. Der Jugendausschuh.

Gesangverein Sängergesellschaft. Die nächste Gesangsstunde findet am Mittwoch, den 7. Januar statt.

Im Inzeratenteil der heutigen Nummer befindet sich eine Bekanntmachung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Danzig. Wir weisen an dieser Stelle noch besonders darauf hin.

Elbing-Marienburg.

Das Hohelied des Zuchthauses

singt die Elbinger Zeitung in ihrer Nummer 299 in folgendem Artikel:

Zehn Zentner Schlackwurft für das Zuchthaus in Mewe. Wie schaurig stellt man sich doch das Dasein in den Zuchthäusern vor! In Ketten und Banden geschmiedet liegen sie im dunklen Kerker, von heißer Sehnsucht erfüllt nach dem Tage des Lichts, der ihnen die Freiheit wiedergeben soll. Schrecklich, schrecklich das Los dieser Sträflinge! So die allgemeine Vorstellung. Für denjenigen, der Einblick in die preußischen Strafanstalten genommen hat, ist jedoch die Zuchthausstrafe weit weniger streng. Ja, man kann ohne Uebertreibung sagen, daß die Ernährung der Zuchthäuser besser ist als in manchen unserer freien Arbeiterfamilien. Erklängt ab und zu in den Gerichtssälen der Wunsch: „Lieber ins Zuchthaus als ins Gefängnis!“, so kann das der Eingeweichte einigermaßen verstehen. Die Schwere der Zuchthausstrafe liegt in der Hauptache nicht in dem Abgesperrtsein und in dem Arbeitszwang, sondern in ihren Nachwirkungen, die den in die Freiheit zurückgekehrten Sträfling als Ausgestoßenen betrachtet, ihn sehr schwer ein Unterkommen finden und den Neumütigen immer wieder rückfällig werden läßt.

Die Strafanstalt in Mewe hat ihren Jahresbedarf an Fleischwaren ausgeschrieben. Wir erfahren daraus einen ganz netten Küchenzettel. Neben den verschiedenen Fleischsorten fällt besonders ein Posten Schlackwurft von 10 Zentner, ein Posten Leberwurft von zwei Zentner auf. Daneben erfahren wir, daß in Strafanstalten nur reines Schweinefleisch zur Verwendung gelangt (nicht das sog. Affenfett), daß außerdem die Strafanstalt einen Bedarf von 20 Zentner Schweinefleisch hat, um daraus in eigener Küche ein gutes Schmalz herzustellen. Schlackwurft ist Zerkelatur. Man braucht nicht anzunehmen, daß es die allerfeinste Schlackwurftsorte ist, die in den Strafanstalten zur Verwendung gelangt. Wer an eine königliche Behörde liefert, weiß, daß immer nur gute Waren abgenommen werden und alles Minderwertige zurückgewiesen wird. Dabei ist es ganz gleich, ob es sich um Strafanstalten, Krankenhäuser, Militärverbände oder andere Staatsanstalten handelt.

Zehn Zentner Schlackwurft! Wie gut, daß es in Preußen noch Zuchthäuser gibt! Das Zuchthaus ist das gelobte Land, in dem dem Proletariat sonst unerreichbare Genüsse winken: Schlackwurft, Leberwurft, gutes Schmalz — nicht etwa „Affenfett“ — also auf nach dem Zuchthaus! Sche jeder zu, daß er ein Mätzchen in Mewe ergattert!

Wir wollen die Güte der Zuchthauswurft nicht bestreiten und auch nicht anzweifeln, daß es freie Arbeiter gibt, denen es schlechter geht, als den Zuchthäusern. Aber darum hätte die Elbinger Zeitung sich doch erst einen Augenblick fragen sollen, wie viel Schlackwurft in Mewe auf jeden Zuchthäuser entfiel. Mewe ist durchschnittlich mit etwa 300 Strafgefangenen belegt. Auf den einzelnen entfallen also jährlich im Durchschnitt 333 Gramm Leberwurft und 1666 Gramm Schlackwurft. Wöchentlich 6½ Gr. Leberwurft und 33 Gramm Schlackwurft. Ob der Hund des Herrn Redakteurs nicht mehr Wurst zu seinem Frühstück erhält, als so ein Zuchthäuser im Laufe der ganzen Woche? Wie kann man nur so oberflächliche Betrachtungen, wie die Elbinger Zeitung das in diesem Falle tut, anstellen!

Behet hin und handelt!

Wer Großes ausführen will, muß wirken und kämpfen. Wir wollen Großes vollbringen: wir wollen, daß die überwiegende Mehrheit des arbeitenden Volkes der Turnerei, der edelsten Art der Körperpflege, teilhaftig werde. Statt der Hunderte sollen sich Tausende der schönen Sache der Turnerei hingeben. Es ist ein hohes Ziel, das wir erstreben. Um es zu erreichen, bedarf es unausgesetzter Arbeit.

Wie sieht es nun aber mit dem Wirken, dem Kämpfen in Wirklichkeit in unseren Reihen aus? In jedem Orte sind es nur wenige, die, befeelt von glühendem Idealismus, für die Sache der Turnerei wirken. Die vielen anderen in unseren Reihen erledigen zwar hin und wieder eine kleine Gelegenheits-Vereinsarbeit, sonst aber sind sie nur steuernde Mitglieder. Andere finden in der Ausübung der Turnerei persönliche Befriedigung und kümmern sich im übrigen um das ganze Ver-

eingetriede nicht. Wie viel schneller könnten wir vorwärts kommen, wenn alle unsere Vereinsangehörigen die gleiche Hingabe bewiesen würden, wie die wenigen Einzelnen, die das heute tun. Wenn es auch richtig ist, daß nicht jeder jede Arbeit mit gleichem Geschick erledigen kann, so ist es doch jedem Turngenossen und jeder Turngenossin möglich, unserer Organisation große Dienste zu tun. Das Werden neuer Mitglieder sollte die Aufgabe sein, der sich auch der Letzte unterzieht. Besonders in der letzten Zeit, wo die Mächtigen im Klassenstaate drauf und dran sind, unsere Vereine zu knebeln, zu vernichten, müßte jeder freie Turner voller Trost erklären: Nun erst recht! Wer nun noch gleichgültig zuseht ohne sich zu regen, der handelt pflichtvergessen. Den heimtückischen Anschlägen gegen unsere Sache muß die Faust des kraftbewußten freien Mannes entgegengehalten werden. Die Verdoppelung unserer Mitgliederzahl muß die Antwort auf die Politikserklärung und die damit verbundene Schikane unserer Vereine sein.

Turngenossen und Turngenossinnen, geht hin und handelt! Die Statistik wird zeigen, ob ihr des Ehrennamens Freie Turner würdig seid. Den Arbeitern in der „Deutschen Turnerschaft“ sowohl, wie denen in den bürgerlichen Sportvereinen rufen wir zu: hinaus aus der Deutschen Turnerschaft! hinaus aus den bürgerlichen Sportvereinen! Her zu der Fahne der Arbeiterturnvereine! Wo keine Arbeiterturn- und Sportvereine bestehen, gründet sie.

Auskunft erteilt der Kreisvertreter für den 12. Kreis (Ost- und Westpreußen) des Arbeiterturnerbundes

Oskar Müller, Elbing,
Nugherer Marienburgerdamm 25.

Mit Leuchtgas vergifteten sich während der Feiertage in Elbing eine in der Talstraße wohnende Wirtschafterin und ein Friseur von der Holländerhauffsee.

Am Morgen des ersten Feiertages wurde der Arbeiter Kubu aus Panitzsch-Kolonie erfroren aufgefunden. Er soll sich in angetrunkenem Zustande am Heiligabend verirrt und die Nacht auf freiem Felde zugebracht haben.

Bei Kapendorf überfuhr der Königsberger Schnellzug am Abend des zweiten Feiertages den Bahnwärter Doliva. Der Unglückliche starb einige Stunden nach dem Unfall.

Danzig-Land.

Krankenkasse Danziger Niederung.

Am 27. Dezember fanden die Wahlen des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Kreises Danziger Niederung statt. Die Wahl endete mit einem vollen Siege der Liste der freien Gewerkschaften. Gewählt wurden:

a) Arbeitnehmer:

1. Rehberg Karl, Zimmerer, Wehlhufen,
2. Wilschke Robert, Maurer, Pehlauerweide,
3. Kliszkowski Johannes, Arbeiter, Bürgerwiesen, Sandweg 23
4. Bier Otto, Arbeiter, Bürgerwiesen, Sandweg 34,
5. Kusch Georg, Maurer, Wehlhufen,
6. Göth Hermann, Arbeiter, Heubude.

b) Arbeitgeber:

7. Dr. Faust Walter, Kaufmann, Al. Plehnendorfer,
8. Rang Adolf, Kreisbaumeister, Danzig,
9. Gethse Otto, Kaufmann, Stutthof.

In der darauffolgenden Sitzung konnte über die Wahl des Vorsitzenden eine Einigung nicht erzielt werden. Daher wurde am Montag, den 29. Dezember eine neue Sitzung abgehalten. Als Vorsitzender wurde Kreisbaumeister Rang, als Stellvertreter Zimmerer Karl Rehberg und als Kassant Zimmerer Eugen Sellin gewählt.

Eine würdevolle Weihnachtsfeier veranstaltete der Sozialdemokratische Verein Heubude am ersten Weihnachtstage im Lokale des Herrn Peters. Sie erfreute sich eines guten Besuchs; der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Genosse Leu eröffnete die Feier und ließ die Teilnehmer herzlich willkommen. Genosse Cornelissen leitete die Veranstaltung durch einen Weihnachtsprolog ein, worauf der Reichstagskandidat Genosse Behl die Festrede hielt. Ein Theaterstück, „Friede auf Erden“, wurde von Heubuder Genossen sehr gut aufgeführt. Es folgten dann einige Rezitationen und ein lustiger Einakter.

Die Jugend drängte zum Tanz, jedoch mußten wir uns in diesem Punkt nach der preussischen Weltordnung richten. Das Fest nahm einen sehr guten Verlauf. Die Heubuder Genossen können stolz darauf sein, so ein Weihnachtsfest in ihrem Sinne begangen zu haben.

Einen Morast bilden augenblicklich wieder die Straßen von Laurentthal. Wer von der einen Straßenseite auf die entgegengesetzte will, kann den geraden Weg, will er nicht stecken bleiben, nicht wählen. Er muß stets einen Umweg machen. Innerhalb der Straßen haben sich bereits Teiche gebildet. Wir mußten im Sommer schon einmal diesen Zustand zügel. Bisher ist nicht bekannt geworden, daß die Behörde Verbesserungen vorgenommen hat. Diese Zustände sind ein Skandal der geistlichen Gemeindepolitik. Sollen andere Verhältnisse eintreten, dann kann es für die Arbeiter bei den kommenden Gemeindevahlen nur heißen: Wählt sozialdemokratische Vertreter!

Der Sozialdemokratische Verein Laurentthal veranstaltete am 28. Dezember eine Weihnachtsfeier. Die Behörde hatte in anerkennenswerter Weise die alte Schule zur Verfügung gestellt. Genosse Leu hielt die Festrede, vor ihrem Beginn und an ihrem Ende wurden gemeinsame Weihnachtslieder gesungen. Am Schluß der Veranstaltung erfolgte die Bescherung von 60 Kindern. Diese einfache Feier bewies, daß die Laurentthaler Arbeiter ihre Erbschaft nur von eigener Tatkraft erwarten. — Eine vorgenommene Hausauszählung brachte 7 neue Mitglieder für die Partei, 16 Volksmacht-Leute und 4 Mitglieder für die Gewerkschaftsorganisationen. Bravo!

Zu einer Schlägerei zwischen jugendlichen Burichen kam es am Abend des ersten Feiertags in Bürgerwiesen-Sandweg. Dabei wurde der Arbeiter Janella durch Messerstiche derart verletzt, daß er um Aufnahme im Städtischen Krankenhaus in Danzig nachsuchen mußte.

Stuhm-Marienwerder.

Am Nachmittage des Heiligenabends wurde auf der Chauße in Marienan ein unbekannter Mann von etwa 50 bis 55 Jahren, in schwer krankem Zustande gefunden. Man brachte ihn nach Marienwerder ins Distrikthaus. Dort ist er gestorben, ohne über seine Veranlassung geben zu können. Papiere fanden sich bei der Leiche nicht.

Eine Handtasche mit 150 Mark wurde der Frau des Inhabers vom Café Kaiserkrone entwendet.

Rosenberg-Löbau.

Die Liberalen für den Konservativen. Eine Versammlung liberaler Vertrauensmänner im Reichstagswahlkreis Rosenberg-Löbau beschloß, den von den vereinigten konservativen Parteien vorgeschlagenen Kandidaten Landrat Graf v. Brünneck-Rosenberg zu unterstützen. Der konservative Kandidat wird sich, falls er gewählt wird, der Reichspartei anschließen.

Graudenz-Strosburg.

Der Konsumverein für Graudenz und Umgegend hat einige Tage vor Weihnachten im Hause Kaiserstraße 4 seine zweite Verkaufsstelle eröffnet.

Die Graudenz Strafkammer verurteilte einen Fleischergehilfen aus Posen, der in Brinzenhal bei Bromberg ein Fuhrwerk und sechs Schweine gestohlen hatte, zu drei Jahren Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Ein Großfeuer vernichtete am Sonnabend Abend die in der Nähe von Graudenz gelegene Schulische Dampfziegelei.

Dirschau-Berent-Pr.-Stargard.

Ein fideles Gefängnis.

Unter dieser Spitzmarke schreibt die Danziger Zeitung:

Wir teilten am Montag aus Pr.-Stargard mit, daß hier der Gefangene v. Droßmann aus dem Gefängnis entwichen ist, ohne die Zellentür irgendwie beschädigt zu haben. Jetzt erhalten wir eine Mitteilung, die einiges Licht in dieses Dunkel zu bringen geeignet ist. Es scheint sich hierbei ein lustspielartiges Vorkommnis ereignet zu haben, das von gutem Humor des Entwichenen zeugt. v. Droßmann war Artist und konnte nicht umhin, auch an der ersten Stätte des Gefängnisses lustige Einfälle in die Tat umzusetzen und sich mit ihrer Hilfe die goldene Freiheit zu verschaffen. Er kennt die Kunst des Hypnotisierens und außerdem versteht er Jongleurkünststücke. So begab, machte er sich zunächst an seinen Gefängniswärter, hypnotisierte ihn und redete ihm ein, er müsse dem Gefangenen eine Aufseheruniform beschaffen. Das mußte der Aufseher in der Hypnose natürlich tun. Der Gefangene kleidete sich dann in die Uniform um und verließ mit dem richtigen Aufseher das Gefängnis, mit dem er dann in der „Hypnose“ nachts kniepte, wozu sich zwei Herren gesellen, die ebenfalls „hypnotisiert“ wurden. Mit einem dieser Herren machte der Gefangene Kunststücke, indem er ihm Geld aus der Nase nahm. Morgens 5 Uhr wurden die Herren wieder aus der Hypnose befreit und der Gefangene bestieg den Zug nach Königsberg und fuhr davon. So ist die Sache wenigstens von Beteiligten selbst erzählt worden, wie man uns heute von vertrauenswürdiger Seite berichtet.

Das liest sich ja interessant, riecht aber verpöckelt nach einer Räubergeschichte. Und darum glauben wir, trotzdem die Sache von „vertrauenswürdiger“ Seite berichtet ist, daß man der Danziger Zeitung einen Bären aufgebunden hat.

Neustadt-Karthaus-Pujig.

Schwere Sturmshäden hat das Unwetter der letzten Wochen wie an der ganzen Ostseeküste auch auf der Halbinsel Jela angedreht. Pujiger Heisterneß und Danziger Heisterneß standen am dritten Feiertag völlig unter Wasser, so daß die Fischer mit Booten in der Dorfstraße verkehren mußten. In Danziger Heisterneß wuch die Brandung zwei Fischerhäuser fort. Die Bewohner wurden zum Glück gerettet. Doch verloren sie den größten Teil ihrer ärmlichen Habe. Da es sich um kinderreiche Familien handelt, ist die Not groß. In Ceynowa und Kujfeld wurden ebenfalls Fischerhäuser von der See unter Wasser gesetzt. Die Dünenanpflanzungen haben gleichfalls sehr gelitten. Im Seebade Jela zertrümmerte die Brandung die Westmaole und richtete am Herrenbade bedeutenden Schaden an.

Landtagswahl. Im Landtagswahlkreis Karthaus-Pujig-Berent steht eine Nachwahl bevor. Die katholische Kirchenbehörde in Pujig verweigert konsequent dem im Juni gewählten Propst Witkowski (Mehowo) die Erlaubnis, sein Mandat auszuüben.

Aus der Partei.

Preßprozesse.

Von der Bremer Strafkammer wurde am 23. Dezember der Genosse Schwarz, Verantwortlicher der Bremer Bürger-Zeitung, zu 1200 Mark Geldstrafe verurteilt. Ein Oberlehrer fühlte sich durch einen Artikel beleidigt, der sein Verhalten bei der Jahrhundertfeier während des Fackelzuges kritisiert hatte. Der Staatsanwalt hatte sechs Wochen Gefängnis beantragt.

Wegen Beleidigung eines Amtsvorstehers war der Verantwortliche unseres Görlitzer Parteiblattes vom Schöffengericht zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Das Landgericht verwarf die eingelegte Berufung und die gegen das Urteil nunmehr anhängig gemachte Reoision wurde vom Oberlandesgericht auch als unbegründet zurückgewiesen.

Eine rote Woche!

Der Parteiauschuß hat in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand beschlossen, eine „rote Woche“ zu veranstalten. Alle Parteioorganisationen sollen in den Tagen vom 8. bis 15. März n. Js. zur Werbung neuer Mitglieder für die Parteioorganisationen und zur Gewinnung neuer Abonnenten für die Parteipresse tun, was in ihren Kräften steht. — Die Versammlungen zugunsten des Frauenwahlrechts fallen nach dem bereits veröffentlichten Beschluß des Parteiaususses zeitlich zusammen mit der „roten Woche“.

Gewerkschaftsbewegung.

Saarabische Jungfrauen, heiratet nur M.-Gladbacher „Christen“!

Die Bergarbeiter-Zeitung schreibt: Der im vorigen Jahre noch so „stolze“ und „hoffnungsfroh“ Gewerksverein „Christlicher“ Bergarbeiter, der im Saarrevier und in der Pfalz über 24000 Mitglieder haben wollte, geht unaufhaltsam den Krebsgang und hat heute nach zwerlässiger Mitteilung nur noch etwas über 2000 Mitglieder im ganzen Saargebiet, der Pfalz und Lothringen zusammen. Die einst so „stolze“ Gewerkschaft liegt im Sterben, und alle Galvanisierungsversuche, neues Leben in den sterbenden Kadaver zu bringen, sind erfolglos, und selbst eine Wallfahrt nach

Lourdes nützt nichts mehr — Patroklus muß sterben! Im vorigen Winter machten die Generalsekretäre einen furchtbaren Spektakel und versuchten durch eine Kriegserklärung an den Saarfiskus die Reihen nochmals zu schließen. Aber bei aller Rücksichtlosigkeit der saarabischen Bergleute ließen diese sich durch eine derartige Komödie nicht bluffen und narren, sondern verließen nun erst recht diese „Gewerkschaft“. Damit hatten die Generalsekretäre völlig abgewirtschaftet, niemand wollte mehr auf ihren Kofl anbelihen und so hat man sich für diesen Winter eine allerliebste christlich-national-sozial-konservativ-zentrierte Jungfrau verschrieben, die den Saarabiern von neuem das Evangelium der M.-Gladbacher Weltanschauung predigen soll, aber — die Gänse reiteten nur einmal das Kapitoll! Ein Fräulein Hartmann aus Aßn, das vor einigen Wochen auch auf die „Christlichen“ Streikbrecher im Ruhrrevier losgelassen wurde, ohne die wankenden Reihen wieder zum Stehen zu bringen, bereift jetzt Saarabien und hält „flammende“ Reden von großer Sachkunde und Überzeugung an die Bergleute und ihre Frauen, die alle mit „tosendem, nicht endenwollendem, katholizentag-artigem“ Beifall aufgenommen werden. Die Frauen und Mädchen sollten sich ein Beispiel an den deutschen Frauen und Jungfrauen von 1813 nehmen, sollten ihre Zöpfe und Schmuckstücke opfern wie jene, allerdings nicht auf dem „Altar des Vaterlandes“, sondern auf dem M.-Gladbacher Weltanschauungsaltar. Fräulein Hartmann bittet alle Mädchen inständig, ja keinen Bergmann zu heiraten, der nicht Mitglied des „Christlichen“ Gewerksvereins ist, und alle Frauen bittet sie, keinen Mann ins Schlafzimmer oder gar ins Bett zu lassen, der noch einen Wochenbeitrag im Gewerksverein: „Christlicher“ Bergarbeiter schuldig ist!

Probatum est! Den süßen Reizen holden saarabischer Frauen und Jungfrauen werden die Saarbergleute noch weniger widerstehen können, wie Heinrich VIII. von England den schönen Augen einer Anna Boleyn. Heinrich, der Tyrann, sagte seinem Glauben Vales und suchte in den Armen der schönen Boleyn Glück und Seligkeit, und so werden nunmehr die saarabischen Jungfrauen und Frauen die lauen und gleichgültigen Bergleute in die „Seligkeit“ des Gewerksvereins hineintreiben, oder den — Streik der Liebe erklären! Durch den „wonnig-süßen“ Terrorismus der Irpöden Jungfrauen und der sonst so lieben Frauen soll der tote Kadaver nun galvanisiert werden, wenn, ja wenn — die Korumiten nicht wären. Der „Christliche“ Gewerksverein ist interkonfessionell. Die katholischen Mädchen sollen Katholiken heiraten, keine M.-Gladbacher, und sollen auf dem „Schlachtfeld“ der Liebe nicht streiken. So wird auch dieses letzte Mittel versagen und — Patroklus muß sterben!

Zum Bankverkehr der Gewerkschaften.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands schreibt uns: Die Deutsche Bank hat bekanntlich einen Angestellten, der für den allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten agitatorisch wirkte und als Beauftragter seiner Kollegen der Direktion die Wünsche der Angestellten unterbreitete, gemahregelt. Jener Vorgang hat das Interesse der Öffentlichkeit in hohem Maße wachgerufen.

Die Versuche, durch Maßregelungen die Privatangestellten einzuschüchtern und sie zum Verzicht auf das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht zu veranlassen, sind in neuerer Zeit immer häufiger geworden. Ein freies Koalitionsrecht ist aber die wichtigste und unerläßlichste Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf um eine bessere Lebenshaltung und die Freiheit der Persönlichkeit. Alle Arbeitnehmer, ohne Unterschied ihrer politischen oder religiösen Ansichten, haben in dieser Frage das gleiche Interesse.

Die deutschen Gewerkschaften haben den Kampf um ein freies Koalitionsrecht stets mit allen Kräften geführt. Wo es galt, das bedrohte Koalitionsrecht zu sichern, waren sie stets zur Stelle. Es war also selbstverständlich, daß die Generalkommission als Vertretung der gewerkschaftlichen Zentralverbände dem koalitionsfeindlichen Verhalten der Deutschen Bank gegenüber nicht untätig bleiben durfte. Ein erheblicher Teil der gewerkschaftlichen Organisationen steht mit der Deutschen Bank in Geschäftsverbindung. Diese Verbindung kann natürlich nicht aufrecht erhalten werden, wenn die Deutsche Bank auf ihrem koalitionsfeindlichen Standpunkt verharrt. Um hierüber Aufklärung zu schaffen, hat die Generalkommission mit der Deutschen Bank verhandelt. Es fand eine längere Aussprache zwischen Vertretern der Generalkommission und zwei Direktoren der Deutschen Bank statt, die aber zu keinem für die Gewerkschaften befriedigenden Resultat führte. Die Vertreter der Deutschen Bank versicherten zwar wiederholt, daß die Bank nicht die Absicht habe, das Koalitionsrecht ihrer Angestellten zu beeinträchtigen, sie konnten sich aber nicht dazu verstehen, eine ausreichende schriftliche Erklärung hinsichtlich der Sicherung des Koalitionsrechts abzugeben.

Verschiedene andere Banken bemühten sich um die Rundschaft der Gewerkschaften. Diese kann natürlich nur solchen Instituten zugewandt werden, die keinen Zweifel darüber lassen, daß das Koalitionsrecht der Angestellten nicht angetastet wird und dementsprechende Erklärungen abgeben. Dies ist von mehreren Großbanken gegenüber der Generalkommission bzw. dem Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten geschehen.

Es können nunmehr folgende Banken empfohlen werden: Berliner Handelsgesellschaft, Berlin W 8, Behrenstraße 32/33. Mitteldeutsche Kreditbank. Schaaffhausenscher Bankverein.



Die gewerkschaftlichen Organisationen werden in Zukunft diese Banken bei der Anlage ihrer Gelder bevorzugen.

Drei weitere Banken: die Dresdener Bank, die Kommerz- und Diskontobank und die Diskonto-Gesellschaft haben Erklärungen der oben bezeichneten Art nicht abgegeben. Nach Angabe des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten sind aber in diesen Instituten den Angestellten bisher keinerlei Schwierigkeiten hinsichtlich der organisatorischen Betätigung gemacht worden.

Kommunen heraus!

Ueber Jäbern haben der Reichstag und die Regierung die Arbeitslosen außer acht gelassen. Vergessen werden darf die Versicherung der Arbeitslosen aber nicht! Der Vertreter des Reichsanwalters, der Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Herr Delbrück, gab allerdings zu, daß genau genommen etwas geschehen müsse, er betonte aber auch, daß es der Regierung dabei am Allernotwendigsten fehle. Das Allernotwendigste ist in diesem Falle nicht das Geld, das soll nach Delbrücks Meinung den Unternehmern fehlen, die sich jetzt gerade aus den Gewinnresultaten des Wirtschaftsjahres 1912-13 hohe Dividenden machen. Nein, diesmal ist es etwas anderes, was dem Reiche fehlt: Ein genaues Bild vom Umfang der Arbeitslosigkeit.

Der Minister des Innern erklärte im Reichstag, daß es so gut wie völlig an jeder ausreichenden Statistik über die wirkliche Arbeitslosigkeit der deutschen Proletarier fehle. Die Arbeitslosenziffern der freien Gewerkschaften, so exakt sie wären; sie bildeten doch nur einen Ausschnitt von der Gesamtarbeitslosigkeit. Im Ministerium des Herrn Delbrück hat man sich Mühe gegeben, die vorhandenen Ziffern über die Arbeitslosigkeit zusammenzufassen.

Das 180 Seiten starke Dokument, das als statistisches Material zur Frage der Arbeitslosigkeit im Reichsamt des Innern zusammengestellt worden ist, enthält aber nicht nur keine einzige neue Zahl, sondern es fehlen ihm auch die geringsten Ansätze eines Versuches, die Gesamtheit der deutschen Arbeitslosen auf Grund der vorhandenen Ziffern auch nur annähernd zu schätzen. Demnach muß man annehmen, daß das Ministerium des Innern zurzeit sich unfähig fühlt, überhaupt etwas für die Arbeitslosen zu tun. Aus welchen Gründen das deutsche „Arbeitsministerium“ sterblich ist, bleibt im Dunkeln.

Die Kommunen müssen nun mit rascher Hilfe heraus! Die Städte und Gemeinden haben jetzt die Pflicht, etwas für die Arbeitslosen zu tun, für die Männer und Frauen, deren fleißige Arbeit das Fundament des Gemeinwohlens ist. Bis jetzt sieht es mit der Arbeitslosenversicherung durch deutsche Gemeinden noch geradezu jämmerlich aus. Stellen wir einmal fest:

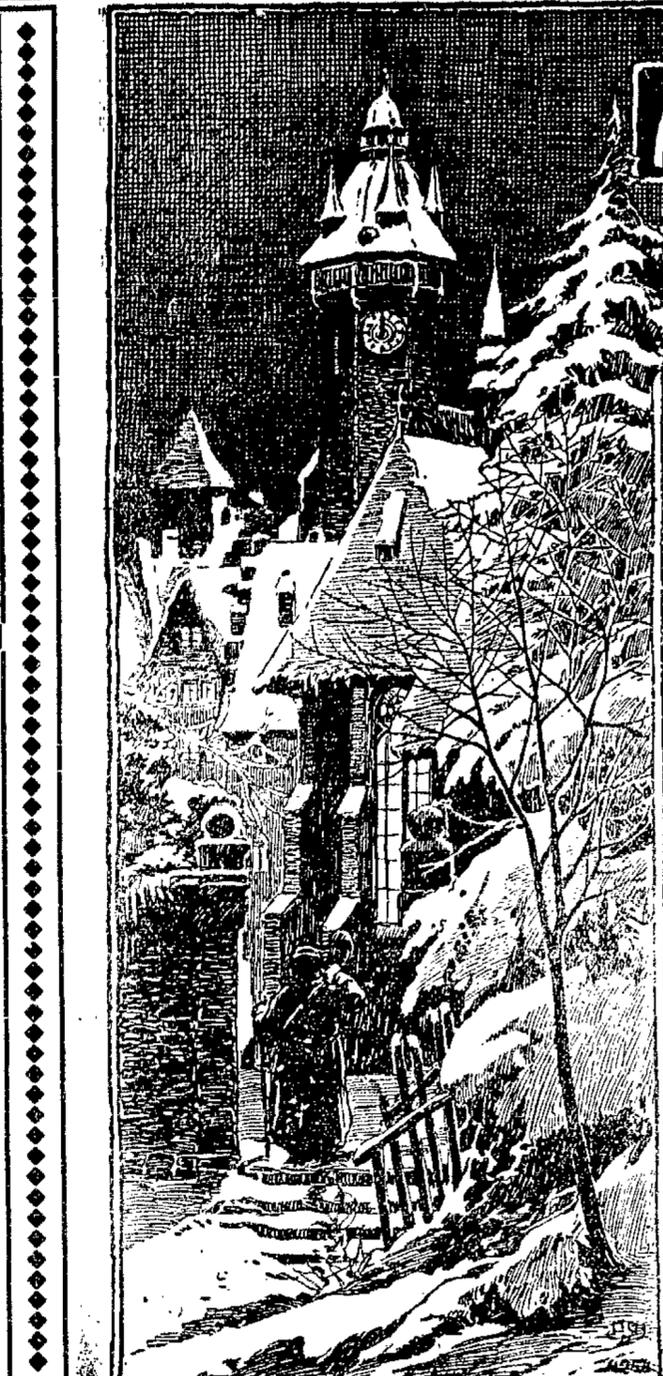
Wirkliche Arbeitslosenversicherungseinrichtungen haben zurzeit:		Ausgaben 1912
Berlin-Schöneberg	Zuschüsse an Verbände und Sparer	13 818,25 M
Köln	Freiwillige Versicherungskaasse (11/12)	69 404,40 "
Erlangen	Zuschüsse an Verbände	2 658, - "
Freiburg i. B.	Zuschüsse an Verbände und Sparer	1 927,17 "
Schwäbisch-Gmünd	Zuschüsse an Verbände	1 000, - "
Kaiserslautern	Zuschüsse an Verbände	5 000, - "
Mannheim	Zuschüsse an Verbände (bewill. 1913)	25 000, - "
Milshausen	Zuschüsse an Verbände	2 272,49 "
Strasbourg	Zuschüsse an Verbände	3 552,21 "
Stuttgart	Zuschüsse an Verbände und Sparer	9 673,19 "
Eßlingen	Zuschüsse an Verbände (15. Okt. 1913 gegründet)	

Unterstützungen an Arbeitslose gewährten auch die Städte Mainz, München, Pössa und Eupen. Das ist im großen und

ganzen bis jetzt die positive Leistung der deutschen Kommunen für die Arbeitslosenversicherung. Die Städte, die in den letzten Jahren Anträge auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung abgelehnt haben, verdienen die besondere Aufmerksamkeit. Es sind: Kugsburg, Berlin-Blumensdorf, Braunschweig, Charlottenburg, Danzig, Dessau, Duisburg, Elberfeld, Erfurt, Halle a. S., Hamburg, Hof, Köpenick, Kulmbach, Regensburg, Spandau, Solingen, Wiesbaden und Würzburg. Mit dieser Aufzählung wollen wir nicht behaupten, auch die letzte reaktionäre Stadt, die die Arbeitslosenversicherung ablehnt, genannt zu haben. Die Zahlen der Kommunen, die Untersuchungskommissionen einsetzen, ist ungefähr so groß wie die Ziffer der Städte, die es ablehnen, die Arbeiter zu unterstützen.

In ganzen muß gesagt werden: die kommunale Arbeitslosenfürsorge ist in Deutschland noch in den allerersten Anfängen. Es ist die Aufgabe der Arbeiter, dafür zu sorgen, daß den Kommunen das Gewissen geläutert wird. Auf jeden Fall darf es nicht so bleiben, daß die Arbeiter ihre Groschen für Aufgaben verwenden müssen, die den Kommunen und dem Staat zufallen. Haben doch erst jetzt wieder die Berliner Arbeiterorganisationen, weil sie das Elend der Arbeitslosen nicht mehr mit ansehen konnten und die Kommune nicht dazu zu bringen gewesen ist, ernsthaft etwas zu tun, rund 100 000 Mark für Weihnachtsunterstützung der Arbeitslosen bewilligt. Die arbeitenden Berliner Proletarier werden zu dieser Summe noch manche tausend Mark hinzufügen.

So steht zurzeit die Frage der Arbeitslosenversicherung, daß die Berufenen, die Städte und der Staat, sich mit Ausreden brüsten und die nach der Behauptung aller bornierten Patrioten Unberufenen dafür sorgen, daß die Arbeitslosen während der christlichen Feiertage des Jahres nicht zu hungern brauchen!



NEUJAHR

Ein
recht glückliches
neues Jahr

wünscht allen seinen Kunden das
vornehme Kredithaus in Danzig

Nicolaus Pindo Nadtl.

M. Grau

Danzig

4 Holzmarkt Nr. 4

Parterre, I., II., III., IV. Etage

Fahrstuhl.

Möbel. Konfektion.

L. Nachmann
Juweller und Goldschmiedemeister
Goldschmiedegasse Nr. 33
empfiehlt sein Lager in
Gold-, Silber- und Alfenidewaren,
Uhren, Ketten und Ringen
zu bekannt **billigsten Preisen** bei streng
reeller Bedienung.

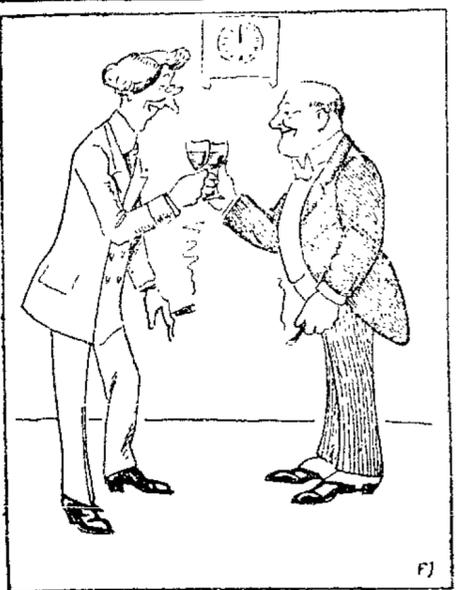
Ein fröhliches neues Jahr
wünscht seinen werten Kunden
Friseur E. Fischer, Elbing, Leichnamstrasse 39.

Inserate und Abonnements
für Elbing
sind zu richten an Herrn
Albert Krüger, Elbing
Innere Georgendamm 2.
Expedition der Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse 32.

10% Rabatt
auf Spielwaren und
Geschenkartikel
wegen Räumung der Weihnachtsausstellung
nur bis 5. Januar
J. J. Prange, Schlüssel-
damm 33

Zur Herstellung von Wäsche
empfiehlt sich Frau Rodemann,
Langgarten 101, Gartenhaus 1. Tr.

Central-Theater
Elbing, nur Brückstr. 15.
Neues Programm!
Darunter
1 Hauptschlager
und herrliche **Dramen**
sowie **Humoresken.**
Jedes Bild ein Schlager!
Die Direktion.



„Prost Neujahr!“ rief Herr Hannemann
Und stieß mit seinem Freunde an
Zu mitternächt'ger Stunde.
„Auch nächstes Jahr, das wirst du sehn
Bleib ich der „Gold'nen Zahn“
Der alte treue Kunde“.



Sie gingen auf die Langgass' raus
Da sah's ja nun recht wild heut aus.
Wie durchs Gedräng' sie schlieben,
Wird Hannemanns Zylinderhut
Von einem Mann in trunknem Mut
Von hinten eingetrieben.



Die Sache sah Herr Hannemann
Durchaus nicht als erledigt an,
Man ging sich an die Kleider.
Was daraus wurd', man sieht es hier:
Zerrissen Rock und Ueberzieh'r
Und auch die Hose leider!



Des andern Tags sah Hannemann
Die Sache etwas ernster an:
„Jetzt muß nach meinem Raufen
Ich Erzkrakeeler schleunigst gehn
Und in der bill'gen „Gold'nen Zahn“
Mir neue Kleidung kaufen.“

Frohes neues Jahr wünscht „Goldene 10“.

Viel Glück im neuen Jahr!
Goldene 14
 am Lange Brücke.

S. Leub Nachfolger
 Uhrmacher und Juwelier
 Breitgasse 28, Ecke Goldschmiedegasse.

Allen Kunden herzlichste Gratulation
Huthaus London
 nur II. Damm 10.

Franz Unterhalt

Siegfried Jüttner
 Danzig, Altstädtischer Graben 93
Kaufhaus für Herrengarderobe

Viel Glück zum neuen Jahr!
Goldene 14
 am Lange Brücke.

Artur Dahmann
 Danzig-Langfuhr, Hauptstraße Nr. 86

Friedr. Beuster
 Restaurant „Maurerherberge“
 Schlüsselamm 28.

Beim Eintritt in das
neue Jahr 1914
 erlauben wir uns, allen werten Genossen, Geschäftsfreunden und Mitarbeitern von nah und fern die besten Glückwünsche zum neuen Jahr darzubringen. Wir benützen die Gelegenheit gerne, für das uns bisher bewiesene Wohlwollen zu danken, und zu bitten, uns dies Vertrauen auch im neuen Jahre bewahren zu wollen.
 Verlag, Redaktion und Expedition
 der Volkswacht, Danzig.

Oskar Schützmann
 Destillation und Likörfabrik
 Tischergasse 67.

Gustav Reimann
 Restauration
 Fischmarkt 6.

Sämtlichen Kollegen und Genossen,
 Frauen und Gönnern wünsche ich
 ein recht frohes Jahr
Robert Lauer,
 Gastwirt, Graudenz.

Joh. Steppuhn
 Café Bürgergarten
 Schildlich, Karthäuserstraße.

A. Hein
 Mechanische Werkstatt
 Breitgasse 113.

English Club
 G. m. b. H.
 Breitgasse 106/107 Jopengasse 13

Julius Goldstein
 Lawendelgasse 4 Junkergasse 2

Spezialhaus für Musikwaren
 Julius Bogusch, G. m. b. H.
 Telephon 558 Melzergasse 1 Telephon 558

Deutscher Transportarbeiter-Verband
 Filiale Danzig.
 Am Mittwoch, den 31. Dezember, findet im Bürgergarten, Schildlich, Karthäuser Straße unser
Wintervergnügen
 verbunden mit
 Konzert und komischen Vorträgen
 Statt.
 Zum Schluß:
Großer Festball
 mit diversen Ueberraschungen.
 Eintritt pro Person 50 Pfennig. Anfang 8 Uhr.
 Das Festkomitee.

Deutscher Bauarbeiterverband
 Zweigverein Danzig.
 Montag, den 5. Januar, abends 6 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Steppuhn, Schildlich
außerordentliche Mitgliederversammlung.
 Tagesordnung:
 1. „Die Notwendigkeit sozialer Einrichtungen in den Gewerkschaften.“ Referent: Reichstagsabgeordneter Kollege B. Silberschmidt.
 2. Diskussion.
 Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht, daß ein jeder in dieser Versammlung erscheint und auch für guten Besuch Sorge trägt. Mitgliedsbuch legitimiert.
 Der Zweigvereinsvorstand. J. A. Treder.
Achtung! Maurer, Bauarbeiter!
 Wegen Differenzen ist das Besetzungsbüro für die Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes gesperrt.

Stadt-Theater.
 Mittwoch, den 31. Dezember, nachmittags 3 Uhr
 Bei ermäßigten Preisen.
Aschenbrödel.
 Mittwoch, den 31. Dezember 1913, abends 7 1/2 Uhr
 Bei ermäßigten Preisen.
Der Bettelstudent.
 Operette von Millöcker.
 Donnerstag, den 1. Januar 1914, nachmittags 3 Uhr. Bei ermäßigten Preisen. **Aschenbrödel.**
 Donnerstag, den 1. Januar 1914, abends 7 1/2 Uhr. **Carmen.**
 Freitag, den 2. Januar 1914, nachmittags 3 Uhr. Bei ermäßigten Preisen. **Aschenbrödel.**
 Freitag, den 2. Januar 1914, abends 7 1/2 Uhr. **Hoheit tanzt Walzer.** Operette in drei Akten von Julius Brämmer und Alfred Grünwald. Musik von Leo Ascher.
 Sonnabend, den 3. Januar 1914, nachmittags 3 Uhr. Bei ermäßigten Preisen. **Aschenbrödel.**
 Sonnabend, den 3. Januar 1914, abends 7 1/2 Uhr. **Klassiker-Nachmittag.** Bei ermäßigten Preisen. Dritte Vorstellung im Schiller-Jahr. **Die Jungfrau von Orleans** von Friedr. von Schiller.